

Poſener Zeitung.
Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Poſen 11/2 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24/2 Sgr.
... eſtellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Zweihundstiebigster

Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Büraus der Poſener Zeitung sind: in Poſen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. & H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gneſen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogafen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassel; in Grätz bei Herrn Louis Streissand und Herrn P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Bogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wosse; in Berlin: A. Kettner, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annonsen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freynd; in Frankfurt a. M. G. J. Baube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 16. Oktbr. Se. M. der König haben Allernädigst geruht den nachbenannten Offizieren z. Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar: das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub; dem General der Kavallerie und General-Adjutanten Frhr. v. Altenauſſel, kommandirenden General des I. Armeekorps; den Rothen Adler-Orden I. Kl. mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe; dem General der Infanterie v. Borck, Gouverneur von Danzig, dem General-Lieutenant und General-Adjutanten v. Boyen, Kommandeur der 21. Division, und dem General-Lieutenant v. Jacob, Inspekteur der 1. Artillerie-Inspektion; den Rothen Adler-Orden I. Kl. mit Eichenlaub; dem General-Lieutenant v. Prondzynski, Gouverneur von Koblenz und Ehrenbreitstein, dem General-Lieutenant v. Werder, Kommandeur der 3. Division, dem General-Lieutenant Hann v. Beyhern, Kommandeur der 4. Division, und dem General-Lieutenant z. D. Grafen v. Dönhoff, zuletzt General-Major und Kommandeur der 1. Kavallerie-Brigade; den Stern mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe zum Rothen Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe; dem General-Lieutenant v. Gersdorff, Kommandeur der 22. Division; den Stern mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe zum Rothen Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub und Schwerten: dem General-Lieutenant Baron v. Buddenbrock, Kommandeur der 6. Division, dem General-Lieutenant Schwarz, Inspekteur der 2. Artillerie-Inspektion, und dem General-Lieutenant v. Hartmann, Komm. der 2. Division; den Stern zum Rothen Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub; dem General-Lieutenant v. Stülpnagel, Komm. der 5. Division, dem General-Lieut. v. Freyhold, Kommandanten von Stettin, dem General-Lieut. v. Podbielski, Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegs-Ministerium, und dem General-Major a. D. v. Schlichten, zuletzt Komm. der 8. Kavallerie-Brigade; den Rothen Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe zum Rothen Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife und Schwerten am Ringe: dem Obersten v. Bernuth, Komm. des 2. Hessischen Inf.-Regts. Nr. 14, dem Obersten Marschall v. Bieberstein, Komm. des 3. Hessischen Inf.-Regts. Nr. 83, dem Obersten Grafen v. Waldersee, Chef des Generalstabes des IX. Armeekorps, dem Obersten v. Febrérethil und Gruppenberg, Komm. des Kolbergschen Grenadiere-Regts. (2. Pommerschen) Nr. 9, dem Obersten Schmelzer, Komm. des Pommerschen Train-Bataillons Nr. 2, und dem Obersten v. Below, Komm. des Preußischen Ul.-Regts. Nr. 8; den Rothen Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife: dem Obersten Wahler, Komm. des Pommerschen Fußl.-Regts. Nr. 34, dem Obersten v. Bessell, Komm. des 5. Thüringischen Inf.-Regts. Nr. 94 (Großherzog von Sachsen), dem Obersten v. Schmelzing, Komm. des 1. Magdeburgischen Inf.-Regts. Nr. 26, dem Obersten v. Röder, Komm. des 1. Garde-Regts. zu Fuß, dem Obersten v. Neumann, Komm. des 4. Garde-Regts. zu Fuß, dem Obersten v. Rosigkeit, Komm. des Regts. der Gardes du Corps, dem Obersten v. Scherbening, Komm. des Garde-Feld-Art.-Regts., dem Obersten v. Voigts-Rhey, Chef des Generalstabes des III. Armeekorps, dem Obersten von dem Knesebeck, Komm. des 5. Pommerschen Inf.-Regts. Nr. 42, dem Obersten von der Decken, Komm. des 4. Pommerschen Inf.-Regts. Nr. 21, dem Obersten v. Schmidt, Komm. des 1. Pommerschen Ul.-Regts. Nr. 4, dem Obersten Gaede, Komm. des Pommerschen Feld-Art.-Regts. Nr. 2, dem Obersten v. Busse, Komm. des 6. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 43, und dem Obersten z. D. v. Bißewig, Bezirks-Kommandeur des Reserve-Landwehr-Bataillons (Königsberg) Nr. 33; den Kronen-Orden II. Kl. mit Schwertern am Ringe: dem Obersten Stein v. Kaminski, Chef des Generalstabes des I. Armeekorps und dem Obersten, Frhr. v. Barnekow, Komm. der 2. Kav.-Brigade; den Kronen-Orden II. Kl.: dem Obersten v. Wichmann, Chef des Generalstabes des II. Armeekorps, dem Obersten v. Blumenthal, Komm. des 2. Ostpr. Gren.-Regts. Nr. 3, dem Obersten v. Bergmann, Komm. der 1. Art.-Brigade, dem Obersten v. Kleist, Komm. der 2. Art.-Brigade, und dem Major a. D., Grafen zu Dohna-Kantien, zuletzt Rittmeister im 1. Garde-Drag.-Rgt.; den Kronen-Orden III. Kl.: dem Obersten v. Kronholm, Komm. von Graudenz, dem Obersten v. François, Komm. von Weichselmünde und Neufahrwasser, dem Obersten v. Zastrow, Brigadier der 1. Gen.-Brigade, dem Obersten v. Nahmer, Brigadier der 2. Gendarmerie-Brigade, dem Oberst-Lieut. v. Heuduck, Komm. des 1. Hess. Inf.-Regt. Nr. 13, dem Oberst-Lieut. Laurin vom 6. Pommerschen Inf.-Rgt. Nr. 49, dem Oberst-Lieut. v. Pfuhl, Komm. des Kurrajer-Regts. (Pommerschen) Nr. 2, dem Oberst-Lieut. Frhr. v. Salmuth, Komm. des Pomm. Inf.-Regts. (Blücher'sche Juaren) Nr. 5, dem Oberst-Lieut. v. Kleist, Komm. des 2. Pomm. Ul.-Regts. Nr. 9, dem Oberst-Lieut. v. Massow, Komm. des Lüthausen'schen Drag.-Regts. Nr. 1 (Prinz Albrecht von Preußen), dem Oberst-Lieut. v. Hansteini, Komm. des 1. Leib-Hus.-Rgt. Nr. 1, dem Major von der Dollen im Pomm. Drag.-Rgt. Nr. 11, dem Major v. Rosenberg im 6. Ostpr. Inf.-Rgt. Nr. 43, dem Major Dallmer im 7. Ostpr. Inf.-Rgt. Nr. 44, dem Ober-Stabs- und Regimentsarzt Dr. Sinsteden vom Kuraſſier-Rgt. König (Pommerschen) Nr. 2 und dem Ober-Stabs- und Regimentsarzt Dr. Ewermann vom 1. Leib-Hus.-Rgt. Nr. 1. Ferner den Reg.-Assessor v. Lüppke in Hannover und den Konſistorial-Assessor von der Oſten dafelbst zu Reg.-Räthen; sowie den Erzpriester und Pfarrer Rabath in Seeburg zum Ehren-Domherrn an der Ermländischen Kathedrale in Frauenburg zu ernennen.

Die Professoren Landolt und Wüllner sind zu ordentlichen Lehrern an der polytechnischen Schule zu Aachen ernannt worden.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Okt. Die "Börsen Ztg." droht in Betreff der projektierten Prämien-Anleihe mit Enthüllungen aus der zwischen dem Staatsministerium resp. den einzelnen Ministern und den Vertretern des Projekts gepflogenen Korrespondenz. Nach Allem, was man hört, hat diese Drohung durchaus keinen positiven Hinterhalt. Denn die betreffende Angelegenheit ist überhaupt nicht über das Stadium der Vorverhandlungen hinausgegangen, und es kann daher nur wiederholt werden, daß

das Staatsministerium sich in keiner Weise gebunden hat, dem Andrängen der Petenten durch Verbilligung des Unternehmens entsprechen zu müssen. Es ist vielmehr mit Sicherheit das Projekt als ein gescheitertes anzusehen, da die Regierung nicht dazu die Hand bieten wird, Verhältnisse zu schaffen, welche in beiden Häusern des Landtags und von Seiten aller Parteien den entschiedensten Widerspruch erfahren haben. — Was die Behandlung des Entwurfs der Kreisordnung im Abgeordnetenhaus betrifft, so erfährt man, daß auch aus konservativen Kreisen Redner gegen den Entwurf auftreten werden, weil dieser in der Beeinträchtigung der konservativen Interessen viel zu weit gehe. Als Führer dieser Richtung wird der ehemalige Finanzminister v. Bodelschwingh bezeichnet. Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, so würde sie wohl die beste Widerlegung des neulichen Gerüchtes sein, welches den Hrn. v. Bodelschwingh, der also als Gegner des gegenwärtigen Ministeriums auftritt, als den eventuellen Nachfolger des Hrn. v. d. Heydt in dem nämlichen Ministerium bezeichnete.

○ Berlin, den 17. Oktober. Die gestrige Vorberathung des Entwurfs der Kreisordnung hat gezeigt, wie wenige unbedingte Freunde derselbe in den verschieden Fraktionen des Abgeordnetenhauses zählt. Selbst diejenigen, die wie die Abg. Janssen, Solger, v. Wedell, v. Kardorff für die Vorlage eingeschrieben waren, sprachen sich im Grunde nur am Schluss ihrer Rede für eine Annahme des Dargebotenen aus, während sie vorher die Einwendungen aufzählten, die gleichwohl eigentlich erhoben werden müßten. Janssen tadelte die Beschränkung der Vorlage auf die östlichen Provinzen, Solger (selbst Landrath) die Ernennung der Schulen durch die Landräthe und die unklare Stellung des Amtshauptmannes zum Landrath, v. Wedell die zu geringe Vertretung des Großgrundbesitzes, v. Kardorff endlich das allzu ängstliche Anklammern an alte bureaukratische Traditionen. Nach der Haltung übrigens des letzten, der frei-konservativen Parteianhängers Redners scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Vorlage hauptsächlich ihre Unterstützung bei den Freikonservativen finden wird. Herr v. Kardorff war der einzige Redner, der die Vorlage wirklich mit einiger Wärme unterstützte, der sie ein gutes und wohlthätiges Gesetz nannte, welches mit den bisherigen alten Prinzipien absolut gebrochen habe und den Steinschen Grundgedanken zu verwirklichen suche. Er warnte vor weitgehenden Änderungen, indem er gleichzeitig bestritt, daß die Kreis-Vertretung eine Bevorzugung des großen Grundbesitzes enthalte. Vielmehr lehne sich die Vorlage nur schonend an die vorliegenden Verhältnisse an. Das Bravo, welches der freikonservative Redner auf den Bänken der Rechten erntete, zeigte, daß es mit der etwas schwollenden Haltung, welche Hr. v. Wedell dem Entwurf gegenüber angenommen, nicht allzu weit her ist und daß von der konservativen Seite her keine erheblichen Einwendungen gegen die Vorlage zu erwarten sind. Demnach würde, wie ich schon früher andeutete und worauf der Minister auch offenbar seine Hoffnung gesetzt hat, die Chance eine Majorität für die Kreisordnung zu gewinnen auf einem Zusammensehen der Konservativen, Freikonservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen beruhen. Mit Sicherheit läßt sich in dieser Beziehung indessen meiner Ansicht nach bis jetzt weder eine Rechnung für noch gegen aufstellen. An sachlichem Inhalt und durchdachter Ausführung übertrage in der Debatte der Abg. Miguel alle übrigen Redner, während wiederum die Rede Birchows durch das ihr beigefügte attische Salz am anregendsten auf die Stimmung des Hauses wirkte. Der Hoverbeck'sche Antrag auf Verweisung des Entwurfs an eine besondere Kommission hat im Plenum des Hauses schwerlich Aussicht auf Annahme. — Es ist bekannt, wie knapp die Besoldungsverhältnisse der Elementarlehrer und wie zahlreich die Besuche derselben um Abhilfe finden, denen meistens aus Mangel an disponiblen Fonds keine Gewährung geleistet werden kann. Unter diesen Umständen verdient es gewiß als ein besonders bemerkenswerther, ausdrücklich hervorzuhebender Umstand verzeichnet zu werden, daß Hr. v. Mühlau im Jahre 1868 vermöcht hat 2543 Thlr. an dem Fonds für Besoldungsverbesserungen der Elementarlehrer zu ersparen.

○ Berlin, 17. Okt. Der Antrag des Abg. v. Hoverbeck, die Kreisordnung schließlich an eine Kommission zu verweisen, findet doch größeren Widerspruch, als es anfänglich den Anschein hatte. Im Gegentheil stimmt man von vielen Seiten der vom Prästdium ausgehenden Ansicht bei, daß die ausgedehnte öffentliche Diskussion über die Kreisordnung am besten Gelegenheit dazu bieten werde, daß alle Parteien sich über alle Gesichtspunkte in Kreis- und Gemeindeverfassung verbreiten können, welche bisher in mehr oder minder geschlossenen Kreisen die Grundlage aller politischen Verhandlungen bildeten und daß die öffentliche Meinung in der Presse und den Vereinen eine starke Handhabe erhält, um sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Man hält den Entwurf und seine Plenarberathung für geeignete Mittel, das allgemeine Interesse, welches sich den Landtagsverhandlungen in etwas entzweit hat, wieder in vollstem Umfange denselben zu gewinnen. Es soll daher auch, wie wir erfahren, mit der Berathung langsam aber energisch vorgezogen werden. Man hofft, die allgemeine Debatte am Dienstag zu beenden, glaubt aber, für die

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespannte Beile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Beendung der Spezialdebatte — also abgesehen von der Schlussberathung — im Ganzen etwa 6 Wochen zu brauchen. Die Budgetberathung wird in zweiter Reihe daneben geführt; ihre Spitze richtet sich auf den geforderten Zuschlag von 25 Prozent zur Einkommensteuer, der inzwischen unter allen Umständen mit eklatanter Majorität abgewiesen werden wird. Man sagt in Abgeordnetenkreisen, Frhr. v. d. Heydt habe diesen Entwurf, dessen entschiedenster Gegner Graf Bismarck sei (während des Reichstages hat sich derselbe allerdings in diesem Sinne geäußert), nur eingebracht, um durch seine Ablehnung eine Gelegenheit zu erhalten, sich vor dem Kammervotum, also ganz konstitutionell zurückzuziehen. Allein weder darauf, noch auf die sehr bestimmten aufstrebenden Angabe in parlamentarischen Kreisen, der Oberpräsident von Preußen v. Horn oder der Bankpräsident v. Dechend werde das Portefeuille der Finanzen übernehmen, ist etwas zu geben; solche Nachrichten, die fast in jeder Session auftauchen, haben kaum einen anderen Zweck, als offizielle Dementis hervorzurufen. So viel aber steht fest, daß der Finanzminister im Landtag auf keiner Seite Unterstützung zu erwarten hat. — Das Projekt der Prämienanleihe darf jetzt definitiv als gescheitert angesehen werden, die nächstbeteiligten Kreise schicken sich an, das Unvermeidliche mit Würde zu tragen. Eines der ersten hiesigen Bankhäuser verliert an dieser Eventualität (gewissermaßen als lucrum cessans) eine Viertelmillion Thaler!

— Von den Mitgliedern der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Zivilprozeßordnung für den Norddeutschen Bund ist der herzoglich braunschweigische Ober-Gerichtspräsident Dr. Triesp dem "St. Ans." zufolge auf seinen Antrag von weiterer Teilnahme an den Berathungen der Kommission entbunden worden.

— Ein Erkenntnis des s. l. Oberappellationsgericht in Berlin vom 15. Sept. d. J. bestimmt: Ist die Bedrohung mit Brand ic. zur Kenntnis des Bedrohten gelangt, so ist dem Erfordernisse des Dolus genügt, wenn der Angeklagte „wußte oder wissen mußte“, daß jenes geschehen werde. — Ein Erkenntnis des k. Gerichtshofes zur Entscheidung des Kompetenzkonflikte vom 12. Juni d. J. entscheidet: Wenn das Eigentum eines Privatmannes auf Anordnung der Polizeibehörde „im Interesse des Allgemeinen“ beschädigt oder vernichtet wird, so ist über die Frage: ob ein solcher Fall vorhanden und zu welchen Beiträgen Entschädigung dafür zu gewähren sei, im Rechtswege zu entscheiden.

— Es ist bereits des eigenthümlichen Umstandes Erwähnung gehabt worden, daß der Minister des Innern dem Landtag gegenüber zu Gunsten der Gendarmen-Ciaſ für die in Folge Aufhebung des betreffenden Gesetzes für dieselben verloren gehenden Denunzianten-Antheile verlange. Wie sich nachträglich herausstellt, ist es jedoch der Minister des Innern nicht allein, welcher diesen Anspruch erhebt; Seitens des Finanzministers wird zu Gunsten der Steuerbeamten ganz dasselbe Verlangen gestellt. Zur Begründung dieses Verlangens wird geltend gemacht, daß es „zur Belebung und Erhaltung des Interesses“ der Steuerbeamten „im unabsehbaren Bedürfnis“ liege, Denjenigen derselben, welche durch „lästige Aufmerksamkeit“ und unsichtige Ausführung ihres Dienstes zur Entdeckung von Widerhandlungen gegen die Vorschriften über indirekte Steuern mitgewirkt haben, „besondere Belohnungen für diese Thätigkeit“ zu gewähren. Für den betreffenden Fall fordert der Finanzminister die Summe von 10,000 Thlr.

— Im Einverständniſe mit dem Kriegsminister hat der Minister des Innern bestimmt, daß die Polizei-Kommissarienstellen bei den Staats-Polizei-Werthaltungen nicht zu denjenigen Beamtenstellen gehören, welche nach den Bestimmungen des Reglements über die Zivilverteidigung und Zivilanstellung der Militärpersonen, d. d. 16./20. Juni 1867, ausschließlich oder auch nur theilweise mit Militär-Anwärtern zu besetzen sind. Hieraus folgt, daß bei der Besetzung der erwähnten Stellen lediglich die persönlich und amtliche Qualifikation der Anzustellenden in Betracht kommt, von dem Nachweise ihrer Versorgungs-Anspruch oder ihres Anstellungs-fähigkeits aber abzusehen ist.

— Auch in Fischhausen bei Königsberg soll ein Kloster der grauen Schwestern errichtet werden. Der Ober-Präsident v. Horn hat dazu eine Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Provinz Preußen genehmigt. Es ist auffallend, bemerkt hierzu die "Böſ. Z.", wie man mit der Errichtung von Klöstern in rein protestantischen Gegenden immer weiter vorgeht; zuerst kommen die grauen Schwestern, dann der Reihe nach Ursulininnen, Dominikaner, Franziskaner und Jesuiten. So wird die Befahrung zur allein seligmachenden Kirche in Angriff genommen — und die Staatsbehörden unterstützen diese Unternehmungen, zum Theil ohne zu wissen, auf welches Endziel sie gerichtet sind.

Thorn, 15. Oktbr. Eine derbe Verfügung des Königsberger Konſistorii an den Kirchenrat der alftädtischen evangelischen Gemeinde hiefelst macht, der "Prot. K. Z." zufolge, so böses Blut, daß wieder die Idee eines Maſſenauftrettes aus der Landeskirche am Konſistorium gewinnt. Die Verfügung tadelt den Kirchenrat, daß er sich um "hohe Kirchenpolitik" bekomme, aber die tiefen Schäden innerhalb seiner Gemeinde unbedacht lasse. Unter hoher Kirchenpolitik meint das Konſistorium wahrscheinlich den von diesen Kirchenrat gestellten und von der KreisSynode angenommenen Antrag, künftig den Superintendenten von den KreisSynoden und zwar auf je 6 Jahre wählen zu lassen.

Breslau, 17. Okt. Wie uns von hier geschrieben wird, erregt die Verfügung des Kultusministers, wonach das hiesige reformierte Gymnasium zu einem Progymnasium degradirt wird, und schon nächste Ostern aus der Sekunda in die Prima keine Versezung mehr stattfinden darf, eine unbeschreibliche Sensation. Was in aller Welt ist das für ein Ding, ein Progymnasium in Breslau? Dazu ist Festenberg und Medzibor gerade gut genug. Alle Städte, die es nur irgend möglich machen können, gründen Progymnasien mit dem Ziele, dieselben zu wirklichen Gymnasien hinaufzuschauben, und Breslau soll ein Progymnasium haben! sagt die "Bresl. Z." Unser Breslauer wie unser Berliner Correspondent betrachtete diese Maßregel

gleichsam als eine Disziplinarstrafe gegen den städtischen Patron der Anstalt und die Kommune dafür, daß sie, um nicht die konfessionellen Gymnasien und Realschulen zu vermehren, Gebäude, für höhere Lehranstalten errichtet, leer stehen lassen. Das Bedürfnis nach Gymnasien soll der Stadt durch Entziehung noch eines Gymnasiums noch klarer werden. Dass der Kultusminister durch die Festigkeit der Stadt in eine Stimmung versetzt ist, welche zu rücksichtsvoller Erwägung nicht ansetzt, läßt sich denken. Den eigentlichen Grund aber finden wir in der „Schles. Ztg.“ angedeutet, welche schreibt:

Wiewohl die schon seit einigen Jahren hervorgetretenen Differenzen zwischen dem Patronat des hiesigen Friedrichs-Gymnasiums und den k. Schulbehörden zu steigenden Befürchtungen für die genannte Schule Anlaß geben, ist doch die Degradation der Anstalt zu einem Progymnasium, wie sie in dem vom Kultusministerium für Ostern kommenden Jahres angeordneten Schluß der Prima des Gymnasiums ausgesprochen ist, für Beteiligte und Unbeteiligte um so überraschender gekommen, als Breslau durch diese Maßregel einer höheren Lehranstalt, religiöskonfessionellen Charakters, beraubt zu werden droht — in einer Zeit, wo der Mangel an solchen Anstalten vom Publikum, wie von der Regierung oft ausgesprochenen Wegen als ein dringender gefühlt und eine von der Stadtgemeinde mit großer Opferwilligkeit versuchte Abhilfe gegen den Mangel. Die Gründung eines neuen städtischen Gymnasiums, aus konfessionelltheoretischen Gründen durch die Regierung verhindert wird. . . . Das Friedrichs-Gymnasium hatte ein Jahrhundert legendreichen Wirkens, anfangs als eine Art Realschule, seit 1812 als Gymnasium, vollendet und seine Säkularfeier mit allen Ehren begangen, (auch Dr. v. Müller hat hier seine Laufbahn begonnen) als sein Patronat, das Presbyterium der reformirten Hoffkirchengemeinde, im Juni 1866 von einer Fertigung der Regierung überwältigt wurde, worin demselben angekommen war, die Verwaltung der Schule aufzugeben und auf das Provinzialschulcollege zu übertragen. Als Vertreter der Kirchengemeinde, welche seinerzeit, wohlwollenden lgl. Versprechungen gegenüber, die sämtlichen Fonds für die Gründung der Schule allein aufgebracht und, nur theilweise durch Staatszuschüsse unterstützt, allmählich einen Schulfonds von 68,000 Thlrn. angehäuft hatte, konnte das Patronat natürlich jene immovitäre Zumutung nur ablehnen und um Angabe der Gründe bitten, welche der bisher unbekannten Verwaltung die Zuverlässigkeit der Aufsichtsbehörde geschmäler zu haben schienen. Bei den bald darauf eingeleiteten Verhandlungen mit Regierungskommissionen über das zukünftige Verhältnis des Gymnasiums zum Staate — zu welchen Verhandlungen das Patronat durch gesteigerte Strafandrohungen bewogen wurde — erfuhr die Vertreter des Gymnasiums, daß angebliche Unzulänglichkeiten in der Verwaltung der Anstalt zu dem Vorhaben der Regierung Veranlassung gegeben hätten. Auf diese Nachricht erbat das Schulpatronat sofort eine genaue Revision der Gymnasialverwaltung, um über jene angeblichen Unzulänglichkeiten in Klare zu kommen. Der Revisionsbefund der Regierungskommission bestätigte die „musterhafte“ Verwaltung der Schule; nur fand man die Lokalitäten, die Bibliothek und die Lehrgeräte nicht völlig ausreichend. Das Patronat machte nun darauf aufmerksam, daß der von der Regierungskommission ihm entgegengehaltene Normalat an keiner Anstalt vollständig erreicht werde und daß mit der Zunahme der Mittel, die theils von der wachsenden Schülerzahl zu erwarten sei, die theils von der Regierung, gegen Einschränkung des Kompatronats, in gleicher Weise wie andern unter ähnlicher Verwaltung stehenden Anstalten (Dels, Schweidnitz u. a.) durch Zuschüsse geboten werden könne, die Aufbesserung der Gebalte und Lehrmittel des Gymnasiums fortsetzen werde. Um den baulichen Desiderien zu genügen, ließ das Patronat eine Renovation des Gymnastilgebäudes ausführen, welche dem Bedürfnis zu entsprechen geeignet ist. Auf eine Auslieferung des von der Gemeinde aufgebrachten Vermögens der Schule erklärte das Patronat sich nicht einzulassen zu können; nach der neuerdings erfolgten Aushebung seines von der Einsendung der Rechnungen und Etats der Anstalt befremdeten Privilegs sind, ja die Aufsichtsrechte des Staates auch in dieser Hinsicht bereits gewahrt. Inzwischen siegte die Regierung ihre Ansprüche immer mehr; das anfängliche Verlangen nach Ernennung des Direktors wurde auf die Rorderung erhöht, auch die „bedeutenderen“ Lehrer anerkennen zu dürfen; die seit Michaelis 1866 nach dem Abgang des Directors Gödke bald erfolgte Wahl des Professors Dr. Lange zum Director wurde vom Ministerium im Verlauf von fast 2 Jahren nicht nur nicht bestätigt, sondern es wurde sogar die Eventualität, ob diese ordnungsmäßig vollzogene und präsentirte Wahl vom Minister auch nur „in Erwägung gezogen“ werden solle, vor der Unterwerfung des Schulpatronats unter die vom Ministerium aufgestellten Bedingungen der Übergabe der Schulverwaltung abhängig erklärt, und schließlich wurde mittler im Semester — unter offenbarer, von den zunächst betroffenen Schülern doch jedenfalls gänzlich unverhüllter Beinträchtigung ihrer wohlerworbenen Rechte — die Besetzung nach Prima mit dem Michaelstermin dieses Jahres, auf erhobene Generalvorstellung aber definitiv mit Ostern nächsten Jahres als geschlossen erklärt. Dass das Schulpatronat einem solchen Verfahren gegenüber beim k. Stadtgericht Breslau die Klage wegen Besitzstörung gegen das die ministeriellen Beschlüsse ausführende Provinzialschulcollege erhoben hat ist nach diesen Vorgängen gewiß eben so wenig zu verwundern, als daß das Gericht die Klage nicht a limine abwies, sondern annahm. Eben so selbstverständlich aber war es anderseits, daß seitens der kgl. Schulbehörde der Kompetenzkonflikt erhoben und die Angelegenheit selbst der Verwaltung revidiert wurde. In diesem Stadium befindet sich die Sache gegenwärtig. Bei der ungebrochenen Rechtsüberzeugung und Gewissenhaftigkeit des Schulpatronats lässt sich erwarten, daß nachdem schon früher eine Eingabe an Se. Majestät den König auf Vortrag des Kultusministers ungünstig beschieden wurde — noch die letzte Rekursinstanz in Anspruch genommen werden wird. Ob dieselbe der Angelegenheit eine günstigere Wendung zu geben vermag und ein nicht bloss von den Beteiligten, sondern von weiten Kreisen unserer Stadtgemeinde getheilter Wunsch in Erfüllung geht, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden müssen.

Niel, 13. Oktober. In Bezug auf die dem „Frankl. Journal“ entnommenen Mittheilungen, daß die preußische Regierung sich zum Entzäpf des Berthes der s. S. in Hamburg konfiszierten, dem Herzog Friedrich ge-

hörigen Waffen und Ausrüstungsgegenstände verstanden haben sollte, hört der „Hamb. Korr.“, daß Preußen nur den Werth vergüten will, welchen jene Gegenstände für die preußische Militärverwaltung haben, während die für Ordnung der Sache zusammengetretene Kommission den effektiven damaligen Werth der Ausrüstungsgegenstände fordert. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wird die Sache wohl zur gerichtlichen Verhandlung gelangen.

Aus Zelle wird der „Z. f. N.“ über einen Vorfall berichtet, welcher wie so mancher andere nur dazu angethan scheint, die Stimmung in der Provinz Hannover zu verbittern, oder das Werk der allmäßigen Assimilirung immer weiter hinauszuschieben. Das Blatt schreibt:

Am 14. d. M. wurde das in Celle kürzlich auf dem „Kreise“ aufgestellte Langensalza-Denkmal von einer dazu kommandirten Abtheilung Militär niedergeissen. Zwei bei der Aufstellung mit beteiligt gewesene Herren, Advokat Kirchhoff und Kaufmann Wenzler erhielten am 13. d. M. ein Schreiben vom Garnison-Kommando, welches sie im Namen des General-Kommandos des 10. Armeekorps aufforderte, das von ihnen, resp. auf ihre Veranlassung auf dem früheren Kanonenplatz ohne Genehmigung der Militärbehörde errichtete Denkmal binnen 24 Stunden von dem besagten, dem Militärfiskus gehörenden Platz zu entfernen. In dem fraglichen Schreiben hieß es ferner: „Indem ich Em. Wohlgeboren hieron benachrichtige, bemerke ich, daß die Fortschaffung des Denkmals Donnerstag, den 14. d. M., Mittags 12 Uhr, erfolgt sein muß, widrigensfalls das Garnison-Kommando aufscheide erhalten.“ Befehls die Fortschaffung selbst veranlassen wird, wobei ich aber ausdrücklich bemerke, daß dem diesseitigen Kommando keine sachdienlichen Kräfte zur Verfügung stehen, daher jede Regreßpflicht zurückgewiesen werden muß, wenn bei Abtragung des Denkmals Beschädigungen nicht zu vermeiden sein sollten.“ (Wie schon oben bemerkt, wurde das Denkmal umgerissen und liegt stark beschädigt an der Stelle, auf welcher es stand). — Nach Empfang dieses, vom Oberstleutnant v. Reg unterzeichneten Schreibens begaben sich der Kaufmann Wenzler und der Advokat Kirchhoff nach dem Amtsgerichte, trugen den Sachverhalt vor und thaten durch mitgebrachte Zeugen dar, daß die Militärbehörde niemals Beleidigungen an dem fraglichen Grundstück vorgenommen und schon vor Jahren selbst erklärt habe, daß sie Unrecht an dem Platz nicht besiegen. Kaufmann Wenzler bat mit Rücksicht auf die in dem Schreiben angedrohte Eigennacht in seinem und der übrigen Anlieger Namen um Schutz ihres Besitzrechtes an dem Platz und beantragte namenlich ein Provisorium. Das Gericht, vertreten durch den Oberamtsrichter v. Bülow, erkannte sofort, es stelle hiermit einen einstweiligen Zustand dahin fest, daß Niemand sich an dem Denkmal vergreifen solle und drohe für die Übertretung dieses Verbotes eine Geldstrafe von 100 Thlrn. an, verfügte auch, daß von diesem Urtheile sowohl dem General-Kommando des 10. Armeekorps zu Hannover, als dem Garnison-Kommando zu Celle sofort zur Nachachtung Kenntniß gegeben werde. Gleichwohl erfolgte die Demolirung.

Karlsruhe, 16. Okt. Die erste Kammer genehmigte heute einstimmig den Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde betreffend die militärische Freizügigkeit.

Oesterreich.

Wien, 15. Okt. Der Ausgleich mit den Tschechen — die Orientreise des Kaisers — die Revolte von Kattaro: das sind die Themen, mit denen sich jetzt das Publikum wie die Presse der Hauptstadt ausschließlich beschäftigen. Kaum daß nebenbei auch noch die Debatten der 17 Landtage, deren Auseinandersetzung freilich für das Gedächtnis eines Wienerns eine übertriebene Zumutung ist, Stoff zur Konversation bieten! Was nun den Ausgleich mit den Tschechen anlangt, so glauben wir noch immer an einen Sieg der „N. Fr. Pr.“, welche von jeder Konfession abrath und lieber die Minister als die Verfassung opfern will. Die „Neutschechen“ — ein Etikett, was die „N. Fr. Pr.“ für diejenigen erfunden hat, welche dem Ausgleich mit den Tschechen das Wort reden — vergessen, daß, wenn einmal den Tschechen die Herrschaft im Prager Landtag überantwortet ist, sie dann noch lange nicht für die Beschickung des Reichsraths gewonnen sind, sie werden vielmehr auch dann noch die Wiederherstellung des tschechischen Staatrechts und die Autonomie der böhmischen Krone verlangen, ehe sie sich an der Revision der Verfassung beteiligen. Das Ministerium wird daher gut thun in keinerlei nationale Gefühlspolitik sich einzulassen, sondern einem renitenten Element den Daumen aufs Auge zu setzen, wenn es nicht anders zur Beteiligung an den allgemeinen Staatsinteressen genehmigt werden kann. Sich der Illusion hinzugeben, daß ein Kongress von Wortführern sämtlicher nationaler Parteien Oesterreichs in einem mährischen Städtchen etwas mehr zu Stande bringen könne, als vollklingende Debatten, vermögen wohl nur politische Idealisten wie Dr. A. Fischhoff, der nächstens ein „Manifest an die Deutschen Oesterreichs“ erlassen wird, um seine oft angekündigte Broschüre über den Ausgleich damit einzuleiten. — Über die Revolte in Kattaro bringt die „N. Fr. Pr.“ eine Korrespondenz aus Kattaro, in der neben einer eingehenden geographischen Schilderung des dortigen Terrains Folgendes von Interesse ist:

In dem keineswegs starken Fort Dragal befindet sich eine Besatzung von einem Offizier nebst einigen Mann, da bei dem jetzigen geringen Stand

der Regimenter alle Posten auf ein Minimum reduziert sind. Jeder Kommandant, welcher dieses Fort befehlt, nimmt für einen Monat Abschied von der gebildeten Welt, denn Dragal liegt sechs Stunden von jedem bewohnten Ort, entblößt von allen Lebensmitteln, außer jenen, welche das Proviant-Magazin bietet, welches jederzeit auf einen Monat Vorräthe enthält. Wahrhaftig, wenn unsere Volksvertreter den Zustand der Befestigungen in diesem Banne erblicken würden, welche oft blos aus einem Wall von losen aufgeschütteten Steinen bestehen, welche jeden feindlichen Schuß verhindern, sie würden staunen, mit welch geringen, notdürftigen Mitteln der Soldat hier das Ansehen Österreichs aufrecht halten muß, wo es keinen schützenden Erdwall, keinen Baum, kein Flechtwerk gibt; sie würden vielleicht bei der Bewilligung der Dotierung weniger zurückhaltend vorgehen.

Dieses Fort nun ist seit Anfang voriger Woche von den Insurgenten blockirt. Um die Besatzung zu verstärken, wurden von Risano aus 50 Mann des Infanterie-Regiments Nr. 44 detatchirt, welche unter Führung eines Oberleutnants, mit Proviant versehen, am 7. d. M. dahin abgingen. Der Weg dahin geht über rauhe, fast unwegsame Gebirge und mündet endlich am Rande der erwähnten Bergebene mit einem vielfach gewundenen Defilé. Als die Truppe bei demselben anlangte, wurde selbe mit zahlreichen Schüssen empfangen, welche aus unsichtbaren Verstecken abgefeuert, den Offizier nebst zwei Mann tödlich und noch zehn verwundet. Die Abtheilung, zu schwach, um den wohlbesezten Platz zu forciren, zog sich zurück, die Todten auf dem Wahlplatz ließend, worauf der Offizier von den Insurgenten beraubt und in kanibalischer Weise in Stücke zerschnitten wurde. Da nun die kleine Besatzung Dragals sich augenscheinlich in der größten Gefahr befindet, wurden sofort umfassende Maßregeln getroffen, um diesem sehr exponirten Posten Entzäpf und Verstärkung zu bringen. Es sind nunne mehr auch Verstärkungen von Ragusa, Zara und selbst von Triest bereit in den Woche theils angelangt, theils auf Kriegsschiffen unterwegs, um mit einer achtunggebietenden Macht den Aufstand zu bekämpfen. Es ist nunnehr an der Zeit, jetzt, wo das Gesetz so frech verletzt wurde, diese Kannibalen mit den schärfsten Mitteln zur Raison zu bringen. Der Fürst von Montenegro sendete seine Familie nach Sebenico.

Vor 20 Jahren hatte dieselbe Gegend revoltiert, weil sie sich nicht zur Zahlung von Steuern verstellen wollte, jetzt weigert sie sich, dem Heer gesetzlich zu unterwerfen. Doch wird sie diesmal wohl mit größerer Energie zum Gehoram geführt werden, als damals. — Der Kaiser, den nun auch Andrassy und Tegetthoff nach dem Orient begleiten werden, betrachtet die Reise als eine Befähigung seiner Fürsorge für die Erweiterung des großen Verkehrs und der Handelsbeziehungen zwischen allen Kulturmächten.

Schweiz.

Bern, 14. Okt. Gestern Abend ist das Schlussprotokoll der Gotthard-Konferenz unterzeichnet worden, und man darf jetzt der zuverlässlichen Überzeugung sein, daß die Ausführung des großen Werkes gesichert ist. Gleich wird heute ein weiterer Schritt gethan, indem ein Vertrag zwischen Italien und der Schweiz abgeschlossen wird, der die beiderseitigen Rechte und Pflichten bezüglich des Unternehmens regelt. Die Genehmigung der beteiligten Regierung und Parlamente wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Die Linien der jetzt als gesichert zu betrachtenden Gotthardbahn werden von Biel über Küsnacht und Immensee, sowie von Zug über St. Adrian nach Goldau führen; von hier über Glüelen und Biasea nach Bellinzona; in Bellinzona zweigt die Bahn einerseits über Lugano nach Chiasso, andererseits über Magadino nach der italienischen Grenze gegen Lino hin ab, mit weiterer Abzweigung nach Locarno. Die Gesamtstrecke dieser Linien beträgt 263 Kilometer. Die höchste Höhe, welche die Bahn im Tunnel von Göschene nach Arrolo erreicht, beträgt 116½ Meter ü. M. und das Gefälle derselben darf nicht 25% überstreichen. Während die betreffenden Nachbarstaaten für die Anschlüsse auf ihrem Gebiete sorgen, wird die Eidgenossenschaft dafür bemüht sein, daß die Zentralbahnen bei Basel durch eine Rheinbrücke mit dem badischen Netz verbunden wird. Die Dauer des Tunnelbaues am Gotthard und damit die Gesamtbaudauer der Bahn ist auf neun Jahre angenommen. Damit eine Unternehmungsgesellschaft neu ins Leben gerufen wird, ist es nothwendig erkannt, daß die betreffenden Staaten mit dem Betrieb mit einer Substanz von 85 Mill. Fr. zu Hilfe kommen. Von dieser Summe nimmt Italien 45 Mill., die Schweiz 20 Mill. auf sich, und in den Rest werden sich die deutschen Staaten teilen, so zwar, daß von Baden wenigstens drei Mill. zu erwarten sind. So lange die Bahn den Aktionären nicht 7 Prozent und Dividende abwirft, verzichten die subventionirenden Staaten auf jede finanzielle Gegenleistung; was sie hingegen über 7 Prozent abwirft, soll zur Hälfte an die Staaten nach Verhältniß ihrer Subventionsbeiträge verteilt werden. Die Überwachung des Baues wird in die Hände des schweizerischen Bundesrates gelegt, dem die Unternehmungsgesellschaft Kanton leistet und welcher dafür verantwortlich ist, daß die Bahn auf dem einen internationalen Linie entsprechenden Fuße betrieben wird, der sich aber zugleich die allfällig zur Wahrung der Neutralität und zur Vertheidigung des Landes nötigen Maßregeln vorbehält; hingegen haben die übrigen Subventionstaaten auch das Recht, durch den Bundesrat nachhaltig gemachte Delegirte von dem Stande der Arbeiten an Ort und Stelle Einsicht zu nehmen. Jedes Jahr wird außerdem eine gemeinschaftliche Verifikation der Tunnelbauten am Gotthard und am Monte Genero vorgenommen. Sollte irgend ein an der Bahn liegender Kanton dem Bau oder Betrieb derselben Hindernisse in den Weg legen, so tritt die Eidgenossenschaft in die Rechte und Befugnisse derselben. Allenfalls Streitigkeiten, die zwischen der Eidgenossenschaft und der Unternehmungsgesellschaft eintreten sollten, werden vom schweizerischen Bundesgericht entschieden. Auch über die von der Unternehmungsgesellschaft zu erhebenden Taxen sind Bestimmungen getroffen.

Frankreich.

Nach telegraphischen Berichten vom 16. Okt. erklären die offiziösen Blätter die Gerüchte von einer Ministerkrise für unbegründet. Das Begräbnis St. Georges hat unter großem Volks-

Aus dem Schatzkästlein neuester Naturforschung.

Man findet nicht leicht irgend ein Feld menschlicher Thätigkeit und Bestrebungen, welches in unserer Zeit brach läge, jedes findet seine Pflüger und gründlichen Bearbeiter. Die Naturwissenschaften jedoch erfreuen sich ganz besonderer Fortschritte und haben sich dadurch von der Stufe der Nebenbeschäftigung zu einer der ersten Stellungen — um nicht zu sagen: zur ersten — emporgeschwungen. Sie verdanken ihre zauberhafte Entwicklung tatsächlich ebenso sehr der neuen Methode und Anschauungsweise, wie der unvergleichlich großen Zahl von Genien, die sich seit wenigen Jahrhunderten in ihren Dienst gestellt haben. So war es möglich, der Neuzeit den bestimmenden Grundzug aufzudrücken: „Arbeit“ heißt die neue Parole, und das rege Schaffen der Gegenwart in Leben und Wissenschaft versorgt natürlich auch rückwärts die Naturwissenschaften mit der lebhaftesten Nahrung. Dieser letztere ein Auge zuzuwenden, hat offenbar das größte Interesse, und es sei die Aufgabe dieser zeitweise wiederkehrenden Skizzen, ein Bild zu entwerfen von dem neuesten Entwicklungsgange aller Zweige der Naturforschung, ein Supplement zu liefern durch Mittheilung aller der Geistesblüthen, welche die Wissenschaft in Rat und That, in Theorie und Praxis fördernd, in den Fachblättern und offiziellen Annalen zerstreut aufgespeichert und dort dem Laien nur schwer zugänglich sind.

Da verdient zunächst eine Idee Erwähnung, über deren vorläufige Richtigkeit bereits die nächsten Tage entscheiden müssen. Es handelt sich um das Eintreffen eines erschütternden Naturereignisses, dessen Vorhersagung auf nicht unberechtigten Gesichtspunkten beruht. Man vigilirt nämlich schon sehr lange auf die Gesetze der Erdbeben und vulkanischen Ausbrüche, und seit man durch genauere geologische Forschungen den Zusammenhang weit auseinanderliegenden Katastrophenstätten, seit man unterirdische große Feuerherde entdeckt hat, ist man der Erklärung solcher Erderschütterungen um ein Bedeutendes näher gerückt. Nun hat der Herausgeber der populär-astronomischen Zeitschrift „Sirius“, Rud. Falb, fündig auf der längst bewiesenen Feuerlöslichkeit des Erdinneren, vor einiger Zeit eine Theorie aufgestellt, wonach eben dieses flüssige Feuer in Folge der gleichzeitigen Einflüsse von Sonne und Mond ähnliche Schwankungen erlebe, wie die als „Ebbe“ und „Flut“ am Meere bezeichneten. Sind die von ihm hierauf geäußerten Rechnungen fehlerlos, so hat am 30. September oder 1. Oktober

Michael Cagolnicoano.

Der germanische Geist dringt langsam, aber mit sichtbarem Erfolge nach Osten vor, dem Sonnenaufgang entgegen. In den Universitäten von Berlin und Heidelberg bildet ein nicht unbeträchtliches Kontingent der Studirenden das slawische Element, in erster Linie Russen, ihnen an Zahl am nächsten Polen, und neben diesen Rumänen und Serben. Mit diesen Jüngern der Wissenschaft, die zumeist aus den besten Familien ihres Vaterlandes hervorgegangen, geht dann nach Vollendung ihrer Studien deutisches Wissen und deutsche Denkart zurück und nimmt allmälig Besitz von den weiten Ebenen Ruhrlands und den romantischen Thälern der Moldau und Wallachei.

So kann die neuere russische Literatur nirgends den Einfluß des deutschen Geistes verleugnen, und Turgenjew, Herzen u. s. w. sind nur noch der Sprache nach Russen; ihre Art ist deutsch. Auch der ganze Entwicklungsgang Rumäniens hat in den letzten 20 Jahren unter der Einwirkung in Deutschland gebildeter und deutschen Interessen zugewandter Männer sich herausgestaltet.

Zu diesen Männern gehört vor Allen Michael Cagolnicoano, der Minister des Innern in Rumäniens, der seit 30 Jahren in hervorragenden Stellungen den Interessen seines Vaterlandes im Sinne des Liberalismus und der Humanität mit Hingabe dient. Cagolnicoano ist 1818 geboren und wurde schon früh nach Berlin gebracht, wo seine Erziehung durch den jetzigen Realschuldirektor Dr. Brennecke in Polen geleitet wurde. Als seine Ausbildung so weit gediehen war, daß er in Staatsdienste treten konnte, lehrte er nach seiner Heimat zurück und klimmte auf den Stufen der Ehre bis zum Minister

herauf. In dieser Stellung hat er auf Segensreichste gewirkt, ohne je zu verleugnen, daß seine Weltanschauung auf deutschem Boden ihre Richtung erhalten habe. Dies bewies er, nachdem durch seine eifrige Mitwirkung die Verbindung der Moldau und Wallachei hergestellt war, zunächst durch seine Verfassung vom 2. Mai 1864, welche die 400,000 Leibeigenen in Rumäniens zu freien Landeigentümern machte. Ganz besonders aber wurden die Wirkungen seiner berühmten Erziehung sichtbar an dem energischen Widerstande, welchen er dem allmächtigen Einfluß der Franzosen in seiner Heimat entgegensegnete. Mit diplomatischer Gewandtheit und zähem Festhalten lenkte er die Stimmung seiner Landsleute auf die Wahl des Fürsten Karl von Hohenzollern zum Herrscher Rumäniens und verhalf so dem deutsch-preußischen Einfluß zu durchschlagender Geltung. Neben dieser politischen Wirksamkeit bahnte er auch eine Reform des Justiz- und Unterrichtswesens in seiner Heimat an, indem er den Code Napoleon und die Geschworenengerichte, die Zivile und den obligatorischen Unterricht einführte. Der König von Preußen hat ihn durch die Erteilung des Roten Adlerordens I. Klasse geehrt. Wie tief aber germanischer Geist in ihm Wurzel geschlagen, beweist nichts klarer als der Umstand, daß er alle seine Kinder in Deutschland erziehen läßt, die einzige Tochter im Scheplerischen Institute zu Dresden, und seine beiden ältesten Söhne im dortigen Böhmischem Gymnasium.

Hätte Deutschland viele solcher Geistespersonen draußen, wir könnten das stolze Wort Lamartines: die Trikolore wird um das Weltall getragen werden, unsererseits in das treffendere verwandeln: deutsches Wissen und deutsches Denken sind berufen, in der Welt des Geistes das Szepter zu führen.

zulauf aber in Ruhe und Ordnung stattgefunden. Die Stim-
mung in Paris ist ruhig. Dagegen erhalten sich nach Berichten
vom 17. Okt. die Gerüchte von den Veränderungen im Ministe-
rium trotz der offiziösen Dementis. Nach dem „Temps“ würde
Rouher Vorsitz und Justiz, Lanneau Finanzen, Lavalette, auswär-
tige Angelegenheiten und Olivier das Präsidium des Staats-
raths übernehmen. Am 18. d. M. soll die Zusammenkunft der
Oppositionsdeputirten bei Favre stattfinden. — Das „Journal
officiel“ veröffentlicht eine Schilderung der zu Aubin stattgehab-
ten Ereignisse, in welcher dargethan wird, daß die Soldaten
erst in Folge heftiger Angriffe, um nicht entwaffnet zu werden,
Feuer gegeben haben.

Spanien.

Madrid, 16. Okt. (Tel.) Die Insurgenten in Valenzia
haben sich nach einem nur einige Stunden dauernden Kampf
bedingungslos ergeben und die Truppen der Regierung die Stadt
besetzt. — Zu Teruel ist die Ruhe wieder hergestellt. Ein Aus-
fall der Insurgenten aus Besar wurde von den Truppen der
Regierung zurückgeschlagen. Zu Korogne haben kleine Ruhestö-
rungen stattgefunden. Die Ordnung wurde indeß daselbst sofort
wieder hergestellt. — Die Cortes haben ihre Sitzungen vertagt,
der Tag der Wiederaufnahme derselben ist nicht bekannt. —
Der Erzbischof und viele angesehene Einwohner Valenzias haben
sich am 14. beim Generalkapitän zu Gunsten der Aufständischen
verwendet. Der letztere berief einen Kriegsrath, in welchem der
Beschluß aufrecht erhalten wurde, die Insurgenten müßten sich
auf Gnade und Ungnade ergeben.

Italien.

Florenz, 15. Okt. (Tel.) Die Zusammenkunft des Kaisers von
Oesterreich mit dem Könige Viktor Emanuel findet dem Ver-
nehmen nach im Laufe des November in Neapel statt.

Rom, 15. Okt. Die Räumlichkeiten in St. Peter, welche zur Auf-
nahme und Abhaltung des Konzils hergerichtet worden sind, zeigen jetzt,
nachdem der größere Theil der Arbeit gethan, so mannichfache Unzuträg-
lichkeiten auf — besonders ist die Ausfüt in keiner Weise befriedigend —,
daß man damit umgeht, die Bibliothek im Vatikan zur Aufnahme des
Konzils vorzubereiten. Ob daselbst die 500 Plätze, für welche der Raum
in St. Peter bestimmt war, werden untergebracht werden können, ist noch
zweifelhaft. — Die in Civita Vecchia regelmäßig aus Toulon und Mar-
seille einlaufenden Transportschiffe, wie die Erneuerung der Kontrakte mit
den römischen Lieferanten sind Thatsachen, welche für die Fortdauer der
französischen Okkupation in der bisherigen Weise sprechen. Dazu sind neuer-
lich aus Paris Befragungen hergelangt, nach der Seite hin keine Veränderung
eintreten zu lassen, so lange die Haltung Italiens dem Kirchenstaate gegen-
über dieselbe bleibe. — Im Vatikan ging die Nachricht ein, der Patriarch
der maronitischen Christen werde mit den Bischöfen, die nicht durch hohes
Alter verhindert seien, zum Konzil eintreffen.

Die neuesten telegraphischen Nachrichten vom 17. Okt.
melden: aus Bari, daß der Kronprinz von Preußen daselbst am
16. Abends eingetroffen und von der Bevölkerung sehr sympathisch
und mit einer glänzenden Illumination empfangen worden sei.
— Aus Florenz wird berichtet: der Finanzminister Cambrai-
Digny hat, wie verfügt werden kann, seine Demission eingereicht. — Der Ministerpräsident Menabrea hat sich nach Turin
gezogen, um mit dem Könige über die am Freitag im Minister-
rat gesafsten Beschlüsse zu berathen. — Man versichert, daß
der Senator Pironti seine Stellung als Justizminister nieder-
legen wird — Die Wahl für den Wahlbezirk Gonzaga scheint
dem Kandidaten der Oppositionspartei, Adolfo Chinozzi, Re-
datteur des „Gazzettino Rosa“ in Mailand, gesichert zu sein.
— Das Journal „Economista d'Italia“ schreibt: Die italienische
Regierung, welche stets bestrebt gewesen ist, eine Versöhnung
zwischen Konstantinopel und Kairo herzuführen, befolgt in
dieser Angelegenheit jene Politik, welche ihr einzige durch ihre
eigenen Interessen vorgezeichnet wird. Dieselben sind in Egypten
ebenso wichtig, wie in jedem anderen Theile des türkischen
Reiches. — Die Kommission zur Revision des Handelsgesetzbuches
hat sich in gestriger Sitzung für die Abschaffung der Schuld-
haft ausgesprochen.

London, 12. Okt. Unter anderen Aktenstücken, welche
zwischen dem Kolonialministerium und dem Gouverneur von
Neuseeland gewechselt worden sind, wird heute eine wichtige
Depêche des Earl von Granville veröffentlicht. Dieselbe spricht
sich, wie die „A. B.“ erfährt, etwa folgendermaßen aus:

„Da die englische Regierung ihre Truppen nach und nach von Neuseeland
zurückgezogen hat, weil die Kolonisten sich weigerten, den geforderten
Bausatz zum Unterhalte derselben zu leisten, so glaubten die aufrührerischen
Wairau, daß die Königin der Kolone ihr Wohlwollen entzogen habe, und
schöpfen neuen Mut zur Fortsetzung ihres Kampfes, der seitdem einen be-
unruhigen Umfang angenommen hat. Die Kolonialregierung erachtete
daher den Gouverneur, Sir George Bowen, aufs Dringendste, den Rest
der englischen Besatzung, das 18. Regiment, als „moralischen Bestand“ zu-

c. ein großes Erdbeben die Westküste Südamerikas (Peru u. s. w.) heim-
zusuchen. Die bisher eingetroffenen Nachrichten sprachen nur von kleinen
Sjören um Ende September, und bleiben weitere Depêches abzuwarten.*)
Ob die vor ca. einem Monat telegraphirte Furcht der dortigen Küstenbe-
wohner nach dem Innern auf Rechnung jener Prophezeiung zu schreiben ist,
scheint mir nicht sicher, und es wäre jedenfalls ein bemerkenswertes Zu-
sammentreffen, wenn außer jener Theorie auch fälschliche Beobachtungen für
die drohende Nähe der Katastrophe gesprochen hätten. Nebrigens ist Halbs
Jude nicht ganz neu, wenigstens hatte sie der Aristoteles der Neuzeit, Alex-
v. Humboldt, bereits einmal angeregt. Die Entstehung der Vulkane selbst
erklärt sich aufs leichteste aus der Verbindung der beiden Thatsachen: Feuer-
flüssigkeit des Erdinneren und Einsicker von Wasser; die entstehenden Dämpfe
befinden sich unter einem so kolossal Druck, daß wir ihre furchtbare grob-
artige Erscheinung leichtlich finden, ganz abgesehen von ihrer chemischen Natur,
die in Höhe der ungeheuren Spannung jedensfalls verändert ist. Daher ist
die Furcht vor einem Erdbeben um so allgemeiner und gerechter, je länger die
Vulkane schwiegen. So ein Vulkan ist also recht tödlich, und oft ist
es besser, er weiter sichtbar, als daß er scheinbar ruht, gemäßigt sein
Feuer raucht — und unten in der Höhlenküche flöhnt. Humboldt
erzählt, daß eine Rauchföule, die man Monate lang in Südamerika aus
dem Vulkan von Pasto aufsteigen sah, plötzlich verschwand, als 48 Meilen
weit im Süden (am 4. Febr. 1797) die Provinz Quito das große Erd-
beben von Riobamba erlebte, und er erklärt deshalb die thätigen Vulkane

*) Noch viel schneller als die „Toten“ reiten die Lebendigen. Kaum
war vorstehender Artikel aus der Feder geflossen, so traf nächstehendes Te-
legramm ein, das in der That die bereite Frage entscheidet, wenn auch die
Zeit sich als etwas inkorrekt vorausgesagt erwies. Jedenfalls stehen noch
ausführlichere Berichte bevor. Das Telegramm lautet wörtlich:

Plymouth, 14. Oktbr. (Tel.) Der Westindiadampfer „Seine“ ist
heute mit 53,502 Dollars in Kontanten hier eingetroffen. Den von ihm
überbrachten Nachrichten zufolge haben im südlichen Peru am 20., 21. und
24. Sept. Erdbeben stattgefunden, welche besonders in den Städten Iquique
und Arica bedeutenden Schaden angerichtet haben; die letztere Stadt ist von
den Einwohnern verlassen worden. Auf St. Thomas wurde nur eine unbe-
deutende Erschütterung verspürt.

rückzuhalten und machte die Kolonie verbindlich, jeden Preis, den die hei-
mische Regierung verlangen würde, zu zahlen. Sir George Bowen hob
in seiner Erwideration hervor, daß ihm hinsichtlich der Verwendung
königlicher Truppen keine Wahl gelassen bleibe. Er theilte indess den
Mitteilungen in Bezug der von den Kolonisten gehaltenen Befreiungen
dem kommandirenden General, Sir Trevor Chute, mit, und eben
vor Abgang der letzten Posten nach England hatte der letztere seine Befreiung
ertheilt, das Regiment bis auf Weiteres in der Kolonie zu belassen.
Auf die bezüglichen Depêches und namentlich auf den Bericht des Gouver-
neurs ertheilte Carl Granville unter dem 7. Oktober seine oben lange-
gedeutete Antwort, die heimische Regierung werde darum angegangen, eine
Politik zu unterstützen, die sie nicht selbst leite und deren Schritte sie nicht
im Stande sei, zu übersehen. Was den gewünschten Bestand anbelange,
so werde derselbe auf die Dauer der Kolonie nicht zum Heile auslängen.
Der Minister begründet diese Ansicht mit der Bemerkung, es hieße das eine
Politik unterstützen, die von der heimischen Regierung als eine gefähr-
liche betrachtet werden sei.“ Am Schlusse wird sodann erklärt, daß Sir
Trevor Chute angewiesen werden solle, die noch in Neuseeland stehenden
Truppen zurückzuziehen, der Kolonie indess die Kosten für den Verzug
nicht in Anrechnung zu bringen.

Lord Derby ist an seinem alten Uebel, der Gicht, so
schwer erkrankt, daß sich schon das Gerücht von seinem Tode
verbreite und Eingang in die Spalten der „Times“ fand, jedoch nur, um in einer zweiten Auflage widerrufen zu werden.

London, 16. Okt. (Tel.) Der Botschafter hat die Krimi-
nalanklage gegen die Direktoren der Lebensversicherung „Albert“
zurückgewiesen. — Der Zustand Lord Derbys hat sich nicht ge-
bessert und gibt wenig Hoffnung auf Wiederherstellung.

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Okt. (Tel.) Nach Berichten aus Li-
vadia ist die Abreise des Kaisers auf den 19. d. festgestellt.
Der Minister der Finanzen hat das Projekt Walujeffs zur Ab-
änderung des Prezessgesetzes aus den dem Reichsrath zu machen-
den Vorlagen gestrichen.

Warschau, 14. Okt. Ein Erlass des Justizministers bestimmt, daß
die Kriminaldeputation bei den Kreisgerichten ganz unabhängige Behörden
bilden und auch eine eigene Kassenverwaltung haben sollen. Um bei wichti-
gen Kriminalfällen die Kosten, die im Unvermögensfalle der Inklupaten
jetzt dem Justizfonds zur Last fallen, für diesen minder drückend zu machen,
geht man damit um, einen besondern Fonds zu bilden, aus dem die Kosten
entnommen und gedeckt werden sollen. Zu diesem Kriminalfonds, für welchen
eine besondere Verwaltung unter Kontrolle des oberen Gerichtshofs be-
stellt werden wird, sollen die Gemeindeverstände nach Verhältniß der Grund-
steuer einen festen jährlichen Beitrag entrichten und die Domänen und
Krongüter ebenfalls heranzogen werden. Diese neue Einrichtung wird den
ohnedies schon überdrüdeten Gemeinden und Grundbesitzern eine neue Last
auflegen und zwar in einer Richtung, nach welcher hin diese bis jetzt durch-
aus nichts zu tragen hatten, denn wenn auch die Gemeinden zur Erfahrung
arbeitsunfähiger Armen aus ihrem Verbande verpflichtet waren, so hatten
sie für Verbrecher, die ihrem Verbande angehörten, nichts zu zahlen. — Die
Beamten der aufgelisteten Schatzkommission und ihrer Zweigbehörden erhalten
für die zwei nächsten Jahre ihr volles Gehalt, verlieren dies aber nach dieser
Zeit und gehen aller Ansprüche an den Staat verlustig, wenn sie bis da-
hin nicht eine andere Anstellung erworben haben.

Warschau, 15. Okt. Die russischen Blätter teilen den Wortlaut
der Ansprache mit, welche der Rektor der neu errichteten warschauer Universi-
tät, Staatsrat Laurouski, an die am 2. d. M. ihm vorgestellten Profes-
soren richtete. Die in russischer Sprache gehaltene Anrede ist überaus
taktvoll, beweigt sich in den höflichsten Wendungen und vermeidet geflissentlich
jede Anspielung auf politische Verhältnisse, sowie überhaupt Alles, was die
überwiegend der polnischen Nationalität angehörigen Zuhörer unangenehm
berühren könnte. Der Redner entwickelt im Gangane seine, übrigens auf
sehr richtige Prinzipien basirte Ansicht von der den Universitätsschülern ge-
stellten Aufgabe, erachtet das Professorenfolgeamt, mit ihm Hand in Hand zu
gehen, und berichtet dann mit sichtbarer Schüchternheit die Sprachfrage in
Bezug auf welche er sich also äußert: „Ich erachte es noch für angemessen,
einige Worte über die wichtigste Bestimmung, die das Universitätstatut ent-
hält, zu bemerken. Diese Bestimmung beansprucht übrigens nur in Rückblick
der lokalen Verhältnisse vergangener Zeiten die hervorragende Wichtigkeit,
die ich ihr beilege, in der That aber hat sie nur den Zweck, die neu errichtete
Universität in die Reihe der Hochschulen der Monarchie einzuführen. Ich
meine hier die Einführung der russischen Sprache, die der Wille des Monar-
chen zum Organ des Lehrwortsprache wie der Verwaltung der Universität be-
stimmt hat. Über diese Frage ließe sich viel sagen, sowohl vom staatlichen,
wie vom stammwirthschaftlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkt. Über
ihc finde es weder angemessen noch zeitgemäß, mich hier weiter darüber zu
verbreiten. Für uns steht auch in dieser Beziehung obenan und in erster
Reihe der Wille des Monarchen, dessen unabdingte Erfüllung heilige Pflicht
ihres Unterrichts ist.“ Redner erinnert die Professoren ferner an die
Wohlthaten, die der Kaiser ihnen durch Vergabe der russischen Lehrwortsprache
und des Termins zur Erwerbung des russischen Doktorgrades erwiesen habe,
mahnt sie an die Notwendigkeit strenger Handhabung des Gesetzes und
bittet sie schließlich um freundliche Rücksicht für seine Amtsverwaltung. Die
Ansprache macht auf alle Anwesenden den besten Eindruck. — Durch eine
Befanntmachung des Rektors werden alle Dienstjenigen, welche sich für das
Wintersemester bei den neuen Universität immatrikulieren lassen wollen, auf-
gefordert, sich bis zum 27. d. M. zu melden; der Termin zur Eröffnung der
Universität ist also hinausgeschoben. Zu den Bedingungen der Immatrikulati-
on gehört u. a. die polizeiliche Bescheinigung, daß der die Immatrikulati-
on Nachsuchende sich nicht am Aufstande von 1863 beteiligt hat und
überhaupt polizeilich unbescholt ist. Auch werden nur Solche zur Immatri-
kulatiion angenommen, welche ihre Vorbildung auf einem klassischen Gym-
nasium im Königreich Polen erhalten haben. Die Immatrikulationsgebühren
betragen 25 R. S.

für „Schutz- und Sicherheitsventile für die nächste Umgebung“. In ähn-
licher Weise blieb während des berühmten lisaboner Erdbebens (1. Nov.
1755) die Mineralquelle zu Tepliz sieben Minuten aus, floß dann trüb
und rot, und erst nach langerer Zeit wieder hell. Es ist zu hoffen, daß
die Wissenschaft in Balde auch auf diesem Gebiete ferneres Unheil zu ver-
hüten wissen wird, und wenn auch der Baldische Versuch mißlungen sein
sollte, so deuten doch die gefundenen Einzelheiten zu zwingend auf eine
Gesetzmäßigkeit hin, als daß deren Erkenntnis noch lange auf sich warten
lassen sollte.

Die geehrten Leser wollen jetzt den beschwerlichen Weg aus den tiefsten Erd-
schichten auch in die schwindelnde Höhe des Firmaments mit mir nehmen und
dort finden wir das Material zu einer seltsamen Erscheinung auf dem irdi-
schen literarischen Markt. Ein hr. S. Bachhaus meint nämlich ganz rein-
lich und zweifelsohne, wie bekommen in nicht langer Frist einen zweiten
Mond. Nachdem sich meine geneigten Leserinnen und Leser von dem
ersten Schreden erholt und ihre blitzenartig angefachte Phantasie über die
beunruhigende Vermehrung der Mondfeindschwärme und flüsternden Ver-
lieben wieder gefüllt haben, wollen wir auf die Deduktionen des modernen
Himmelsbevölkerers etwas näher eingehen, denen man vorweg zugestehen
muß, daß sie auf der Höhe wissenschaftlicher Forschung stehen und sich eng
an deren jüngste Errungenschaften anlehnen. Den Stoff zum Bau des
neuen Mondes soll das bisher unerhörte Bodenkallich liefern, welches
von jener den Tummlaplatz der verschiedensten Hypothesen darstellt. Lamont
hielt es für eine elektrische Erscheinung, Olmstaad für einen der Sonne um-
kreisende Nebelförper, Mayer („Beiträge zur Dynamik des Himmels“) für
einen Meteorgürtel, Humboldt endlich erklärte es entweder als frei zwischen
Erde und Mars schwebenden Nebelring (mit asteroidalem Inhalt) oder als
Sonnenatmosphäre. Dieses so vielfach gebotene Bodenkallich, das von
Chladny und Dominicus Cassini zuerst gesehen worden ist, kann auch in
unserer Zone wahrgenommen werden, und zwar entdeckt der aufmerksame
Beobachter einen matten, aber sich deutlich abgrenzenden Lichtfelde, wenn
er im Februar oder März nach der Abenddämmerung den westlichen oder
am Ende des Herbstes vor der Morgenröte den östlichen Horizont ins Auge sieht. Viel prächtlicher leuchtet es in den Tropen, „wir
sehen lang“, sagt Humboldt, „in der Palmenzone gelebt hat, dem bleibt

Bon der polnischen Grenze, 14. Okt. Das russische Regierungs-
organ in Warschau, „Dziennik Warszawski“, hat seit Beginn dieses Quartals ganz
wider seine Gewohnheit eine Reihe von räsonnirenden Artikeln gebracht,
welche den Zweck haben, theils die Beitungserüchte von der Vorbereitung
königlicher Truppen zu gewinnen, theils die Beitungserüchte von der Vorbereitung
eines preußisch-russisch-österreichischen Bündnisses zu widerlegen und
der Allianz zwischen Russland und Frankreich das Wort zu reden. Die
französisch-russische Allianz wird als die natürlichste und für Russland er-
wünschteste bezeichnet, die zugleich die soziale Ordnung in Europa dauernd
befestigen und den panslawischen Bestrebungen Vorschub leisten würde.
Diese Artikel verdienen um so größere Beachtung, weil sie mit Genehmi-
gung und unter Mitwirkung der Behörde veröffentlicht sind. — Wie pol-
nische Blätter melden, hat der Kaiser Napoleon III. für das in Rappers-
wil in der Schweiz zu errichtende polnische Museum aus seiner Privat-
stiftung einen Beitrag von 1000 Fr. über sandt. Der Beitrag war von
einem sympathischen, an den Gründer des Museums, Grafen Bladislaw
Plater, gerichteten Schreiben des Kaisers begleitet. — Die polnischen Par-
teiführer in Bützow gehen sicherer Vermuthen nach mit dem Plane um,
ein deutsches Preßorgan zur Vertheidigung der polnischen Sache in Bützow
zu gründen, und haben zu diesem Zweck nicht bloß die Polen in der Hei-
mat, sondern auch die Polenfreunde in Deutschland zu Geldbeiträgen auf-
gefordert. Dem publizistischen Unternehmen soll die süddeutsche partikulari-
stische Demokratie ihre Unterstützung zugesagt haben. — Am 24. d. M.
hatte sich in Bützow in der Schweiz eine Anzahl polnischer Geistlichen aus
der Emigration und aus dem Lande zu dem Zweck versammelt, sich darüber
zu einigen, in welcher Weise die Klagen der polnischen Katholiken in
Russland über die Unterdrückung ihrer Religion zur Kenntniß des östlichen
Konzils zu bringen seien. Die Versammlung soll beschlossen haben,
zur Darlegung der Begründung dieser Klagen eine Denkschrift auszuarbeiten
und dieselbe dem Kongil zu überreichen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 15. Okt. Die Kaiserin Eugenie wird
morgen das diplomatische Corps und die höchsten Beamten emp-
fangen. — Der Kronprinz von Preußen wird während seines
hiesigen Aufenthaltes im Palaste des Beglerbeg, der Kaiser von
Oesterreich im Palaste Dolma-Bagdsche residiren.

Amerika.

Rio de Janeiro, 23. Septbr. (Tel.) Die Kammer sind bis zum
30. September vertagt; wahrscheinlich wird eine Rendition im Ministerium
eintreten.

Paraguay, 5. Septbr. (Tel.) Villarica und mehrere andere Städte
haben sich der provisorischen Regierung unterworfen und dieselbe um Schutz
gebeten. Aus allen Theilen des Landes strömen die Einwohner, welche sich
in der größten Nottheit befinden, in großer Anzahl nach Assumption hin. Ge-
gen Marcial Lopez, der noch in St. Stanislaus ist, marschiert ein Expedi-
tionskorps.

Vom Landtage.

5. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 16. Oktober. Eröffnung um 11½ Uhr. Am Ministerrath
Frhr. v. d. Heydt, Graf Cullenb., v. Selchow, Reg.-Kommissar Persius.
Graf Westarp hat in Folge seiner Ernennung zum Landdrosten in Hildes-
heim sein Mandat niedergelegt.

Eros des am 12. d. M. gefassten Beschlusses, daß das gerichtliche Ver-
fahren gegen den Abg. Richter (Königsberg) für die Dauer der Session
einzustellen sei, ist gegen denselben am 13. d. M. in Küstrin verhandelt und
ist er zu einer Geldstrafe von 10 Thlr. in contumaciam verurtheilt wor-
den. Präf. v. Forckenbeck hatte den in der 5. Stunde des 12. Octobers
gefassten Beschuß des Hauses um 4½ Uhr, also rechtzeitig dem Staats-
ministerium mitgetheilt; doch hat der Vorsitzende desselben dem Justizminister
erst am Abend 8 Uhr Kenntniß von dieser Mittheilung gegeben und da in
der Aufschrift des Präsidiums nicht ausdrücklich erwähnt war, daß der Ter-
min auf den 13. d. M. angesetzt sei, so hat der Justizminister seine Verfü-
gung das Verfahren aufzustellen, erst am nächsten Tage, als es zu spät war,
erlassen. Ein entschuldigendes Schreiben desselben, das mit großer Heiter-
keit aufgenommen wird, bietet dem Hause die Genugthuung an, daß das
Erkenntniß erst nach Schluß der Session in Kraft treten soll und verpflichtet
in Zukunft die Benutzung des Telegraphen. Für das Präsidium wird die-
ser Wolfgang Beranekung sein, in Zukunft den Tag des Termins, der in der Diskussion zur Genüge erwähnt war, auch in dem Schreiben an das
Staatsministerium ausdrücklich anzuführen, während Abg. Koch von dem
kaiserlichen Gericht, dem der Antrag auf Sistirung bekannt sein mußte, er-
wartet hätte, daß es aus eigen

seren Kreistagen nicht das Übergewicht wie hier; will man aber den Begriff des Ritterguts überhaupt wegräumen, wozu ihn noch in den westlichen Provinzen konservieren? Bei größeren Reformen darf man die provinziellen Eigenthümlichkeiten nicht gar zu sehr berücksichtigen, muß vielmehr mit einem großen Schritte uniformiren. Ich möchte daher an die Staatsregierung die Bitte richten, wenn der Vorlage von beiden Häusern des Landtags akzeptirt sein wird, alsdann auch mit der Reformirung der Kreisverwaltung in den westlichen Provinzen, namentlich mit der Kompetenzverweiterung derselben möglichst rasch vorzugehen. Sollte sie dagegen in einem der beiden Häuser scheitern, so wünschte ich in einem anderweitigen Entwurf auch die Rheinlande und Westfalen gleich mit aufgenommen zu sehen.

Abg. Löwe (gegen die Vorlage): Der Vorredner hat sich für die Vorlage einschreiben lassen, aber doch im Wesentlichen nur Wünsche ausgesprochen, die er nicht befriedigt findet. So muß auch ich, trotzdem ich gegen den Entwurf eingetragen bin, für mich in Anspruch nehmen, daß ich weit entfernt bin, der Reform der Kreisordnung zu widerstreben oder auch nur diese Vorlage kurz zurückzuweisen. Im Gegenteil verfrage ich mit dem Herrn Vorredner, daß man die Reform nur für die östlichen Provinzen will. Wir haben es schon viel früher beklagt, wir haben es beklagt nach den Ereignissen von 1866, daß man damals nicht mit einem großen Aufschwung an einer großartige einheitliche Organisation herantrat. Den Grund für diesen Mangel an Logik finden wir in dem Entwurf sehr deutlich. Man wollte damals in den neuen Provinzen das in den alten vorhandene Vorbild so viel wie möglich ausnutzen. Jetzt aber gestehst man zu, daß das Vorbild selbst nicht mehr haltbar ist, ohne jedoch eine große Gemeinsamkeit zu schaffen; denn die Regierung vergibt nur zu häufig, den großen Zweck jeder Gesetzgebung, den der Ausgleichung und nachhaltigen Einwirkung auf den Volkscharakter. Was nun den Entwurf selber betrifft, so hat sich die Regierung nicht verhehlen können, daß die Kreise, wie sie jetzt organisiert sind, ganz abgesieben von den Kreisangehörigen, auch nicht mehr den Ansprüchen der Regierung für Staatszwecke gewachsen sind. Wenn sie freilich die großen Verdienste der bisherigen Kreisverbände hervorhebt, so sind diese großen Leistungen nicht lediglich der Organisation dieser Kreise zuzuschreiben, vielmehr trog der selbe hervorbrachte durch die große Gemeinsamkeit des Denkens und Fühlens in unserem ganzen Volke, welche das Hindernis der inneren Organisation überwindet. Daher in den großen Momenten unseres Staats- und Volkslebens, wie auch Verfassung und Behörden organisiert sein mögen, ob sie aus gemeinsamer demokratischer Wahl hervorgegangen sind, oder ob sie einen ständischen Charakter haben, oder ob sie endlich vom Monarchen ernannt werden, dennoch die Tüchtigkeit der Gesamtheit zum Ausdruck kommt; das ist die große Errungenschaft unseres öffentlichen und gemeinsamen Lebens. Auf diese Höhe erhob sich die Regierung aber nicht, als sie mit ängstlicher Hand die Berechtigungen der einzelnen Klassen abgemessen hat. Gerade die Aufgabe, einen neuen, stärkeren Zusammenhang in die Kreise zu bringen, hat sie aus den Augen verloren, und die Zerkleinerung wird nach diesem Entwurftheile noch zunehmen. Man hat in der Zusammenfügung der Kreisvertretung die Bürstimmung der Rittergutsbesitzer aufgegeben. Aber was hat man an deren Stelle gesetzt? Hat man die spezielle Stellung des früheren Rittergutsbesitzers beiseite? Hat man den jüngsten großen und größten Grundbesitzer in einen organischen Zusammenhang mit seiner Umgebung gebracht? Hat man es ihm überlassen, sich selber die Stellung zu erwerben, die er vermöge seiner sozialen Verhältnisse, vermöge seiner größeren Intelligenz in der gemeinsamen Arbeit des Kreises zu übernehmen verurteilt ist? Nein, man hat bloß den Namen fortgelassen, sonst aber ihn nach wie vor in eine absonderliche Stellung gebracht. Und ist diese Stellung eine bessere? Ich habe wirklich die größten Bedenken, wenn ich sagen soll: was ist besser, aus einer bevorrechteten Klasse der Bevölkerung besondere Wahlen hervorzuheben, oder es auf das gute Glück ankommen zu lassen, daß in den Bürstimmung hin und wieder frische kräftige Elemente zum Vortheile kommen? Denn aus diesen Klassenwahlen geht in erster Linie ein klugencharakter nachweisend hervor, und das, was vielleicht ein zufälliger Gegenstand gegen die Landgemeinden gewesen ist, wird in dieser Klasseneinrichtung ein ganz bewußter und andauernder. Mr. H., es ist nicht bloß der Gedanke an die Verfassung, der uns die Zusammenfügung des Herrenhauses mit uns unfeindlichen Augen betrachtet; sondern es ist eben so sehr der Wahlmodus aus dem alten und bestätigten Grundbesitz, durch den der Klassenunterschied seinen stärksten Ausdruck gewinnt. Die Regierung hätte, wenn sie an diese Reformirung der Stellung der Rittergutsbesitzer mit weniger Vorurtheilen herangetreten wäre, dadurch zugleich am besten über die fatale Stellung hinwegkommen können, welche die einzelnen Güter den einzelnen Gemeinden gegenüber einnehmen. Jedes Gut sollte einem Gemeindebezirk angehören; die Schwierigkeiten, die mit dem Beginn dieses Verhältnisses verknüpft sein werden, verhehlen wir uns nicht; aber gerade dieser Übergang hätte die Regierung bei dieser Gelegenheit außerordentlich erleichtern und ihn unter Schonung jedes berechtigten Gefühles vornehmen können. Das als Mittelpunkt beabsichtigte Institut der Amtshauptleute ist für die östlichen Provinzen viel zu groß angelegt. Ihre Befugnisse sind zu knapp geschrieben, da man sie fast allein auf die polizeilichen Verhältnisse beschränkt hat; und endlich fehlt alle Vertretung bei dieser Amtshauptmannschaft. Glaubt der Herr Minister, in diesem Institut etwas Lebendiges geschaffen zu haben? Der Amtshauptmann wird sich entweder zu einem Diktator machen, oder seine Stellung durch das ergänzen, was das Gesetz vergeben hat, d. h. er wird sich mit Vertrauensmännern aus dem Kreise umgeben, um sich den Schwierigkeiten seiner Stellung gewachsen zu zeigen. — Eine neue Schöpfung soll hier gemacht, eine größere Kraft für die Regierung nutzbar gemacht werden. Glaubt der Herr Minister, wenn er diese Zerkleinerung in der Vertretung aufrecht erhält, wenn er nicht dafür sorgt, daß die einzelnen Gemeinden eine selbstständige Vertretung und Verwaltung aus sich heraus haben, welche alle wichtigeren Verhältnisse umfaßt, allen schwierigen Verhältnissen damit gewachsen zu sein? Die Arbeiterfrage wird vor der rechten Seite mit Vorliebe in den Vordergrund gestellt, wir haben sogar in diesem Hause manchmal den Schritt der marschierenden Arbeiterbataillone gehört. Diese Bewegung wird sich auch auf das flache Land ausdehnen. Wir (auf der Linken) wünschen eine solche agrarische Bewegung nicht, wir waren immer bemüht, die Zahl der Grundbesitzer zu vermehren, die Vertheilung des Grundbesitzes in mehr Hände herbeizuführen (Heiterkeit rechts); wir sind es nicht, die den Kommunismus predigen und verlangen, daß Alles zum Staatsseigentum werde. Sie müssen sich an Freunde wenden, die Sie auf dieser Seite (rechts) haben, um diese Theorie näher kennen zu lernen. Glaubt der Herr Minister aber, daß wenn eine solche Bewegung kommt, er einer solchen agrarischen Bewegung mit seiner Amtshauptmannschaft, mit seiner Theilung in ländliche und städtische Bevölkerung, in Gütsbezirke und Amtsbezirke in Groß- und Klein-Grundbesitz gewachsen ist? — Ich glaube es nicht! (Beifall links.)

Abg. Solger (für die Vorlage): Eine starke Auflösung zu einer Reform der gefallenen inneren Verwaltung liegt in den seit der Steinischen Periode veränderten Lebensverhältnissen, seitdem der Unterschied der Stände staatsrechtlich aufgehoben worden, wenn er auch sozial fortbesteht, seitdem der Bauer ein Rittergut kaufen kann und Gewerbe aller Art von Alten betrieben werden. Nach 1848 wurde zwar eine neue Gemeindeordnung geschaffen, jedoch bald wieder beseitigt und der frühere Zustand trat in seiner ganzen Unzuträglichkeit wieder ein. Diesem Zustande gilt seitdem der Kampf und der Wunsch nach umfassender Reform. Wie gerechtfertigt er aber für die ganze Monarchie auch ist, so kann er in diesem Umfang doch angefochten werden, wenn man den Unterschied zwischen den verschiedenen Theilen der Monarchie in der Entwicklung der Volksmassen bedenkt. Die Bevölkerung der östlichen Hälfte ist so diametral von der der Westprovinzen verschieden, daß man ihr Verwaltungsleben unmöglich in gleiche Formen kleiden kann: im Westen eine selbstständige politische Entwicklung, im Osten die Stagnation des vorigen Jahrhunderts. Diesen Unterschied auszugleichen ist Aufgabe der Gesetzgebung. Ist das in dem vorliegenden Entwurf nicht Alles nach Wunsch, so enthält er dochbildungsfähige Keime. Was gibt er uns gegenüber den Unzuträglichkeiten in der Zusammensetzung der Kreisverbände der östlichen Provinzen. Zunächst eine wesentliche Verbesserung der ehemaligen Stände, Keime zu einer Gemeindeordnung, zu einer Provinzialverfassung und Beseitigung der Bürokratie. Die ständische Gliederung ist so eingerichtet, daß das bisherige Übergewicht des ersten Standes auf den Kreistagen beseitigt und die Vertretung der Interessen der Städte und des Grundbesitzes einigermaßen ausgeglichen ist. Daß das nicht ganz möglich ist, wird der zugeben, der die Verhältnisse des platten Landes und den Einfluß des Grundbesitzes auf alle Lebensverhältnisse kennt. — Besondere Aufksamkeit verdient der neue Entwurf in Bezug auf die Art, wie die Landgemeinden zu den Kreistagen wählen, nämlich durch ihre Schulzen. An keiner Stelle mehr, als hier, wird der Erfolg einer Gemeindeordnung verhindert (Hört! links), denn der Schulze wird vom Landrat bestätigt und man hat aus diesem Verhältnis den circulus vitiosus konstruiert. Der

Schulze wählt den Vertreter zum Kreistage, der Landrat bestätigt den Schulzen, folglich ernannt auch der Landrat den Vertreter zum Kreistage. Die Landräthe sind Menschen und es nicht gut, ihnen die Ernennung der Schulzen in die Hand zu legen. — Die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und Ortsobrigkeit ist für das platte Land eine der wohlthätigsten Bestimmungen des Entwurfs. Die Hauptfrage ist aber alsdann: was steht man an ihre Stelle? die gutsherrliche Polizei wird aus der Tasche der großen Gutsbesitzer bezahlt und oft wahrhaft musterhaft ausgeübt; soll sie von ihnen nicht mehr abhängig sein, wer bezahlt sie dann? Als ein Ehrenamt müßte es mit so großer Ehre ausgestattet werden, daß das Amt darunter leidet, und das fürchtet ich, wird bei den Herren Amts-Hauptleuten der Fall sein. (Heiterkeit links.) Ueberhaupt wird es schwer halten, so viel gute Amtshauptleute, als erforderlich sein werden, zu finden, ich bezweife das für meinen Kreis (Beuthen), der reich an sehr tüchtigen, aber überaus beschäftigten Berg- und Hüttenbeamten ist, durchaus. Die Aufgaben dieser Amtshauptleute sind von solcher Wichtigkeit, daß zu ihrer Erledigung eine ungeteilte Manneskraft erforderlich sein wird. Zudem steht dieser Amtshauptmann in einem so unklaren Verhältniß zum Landrat, der den ganzen Kreis ja eigentlich regiert, daß diese Unklarheit die Quelle unzähliger Wirren werden und die Thätigkeit entweder des Landräths oder des Amtshauptmanns lähmten wird. Wenn irgendwo in der Welt, so ist die Zentralisation in der Polizei eine absolute Notwendigkeit. Nach unten hin ist das nächste Organ des Amtshauptmanns der Schulze mit Aufgaben, die weit seine Kräfte und Kenntnisse übersteigen, denn bis zur Orla kann der Schulze bei uns nur notdürftig lesen und schreiben (Unruhe), so es ist ja, jedenfalls keine großen Ecken führen, wie sie gefordert werden. Denken Sie auch nicht, daß das geschieht! Die Lebensfrage auf dem Lande ist die Steuer. In meinem Kreise sind sehr große Dörfer; der Mann, der die Steuern eintriebt, führt keine ordentlichen Listen, sondern macht bei dem einzelnen Namen mit dem Bleistift ein Kreuz oder ein paar Nullen, aber die Steuer ist da, wenn der Steuertag kommt. Wie das gemacht wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit) Der Wirklichkeit des Amtshauptmanns schadet außerdem sehr, daß er mit den eigentlichen Interessen seines Bezirks in keiner organischen Verbindung steht; doch hoffen wir, daß bald das Gesetz erfolgt, welches in § 41 für die Bestimmung des Wirkungskreises der Amtshauptleute vertheilen wird. — Eine andere Seite des Entwurfs ist die Vermehrung der Kompetenzen der Kreisvertretung sowohl in der eigenen, wie in der Staatsverwaltung. Die Befugnisse zur letzteren sollen durch einen Kreisausschuß ausgeübt werden. Der heutige Kreistage gegenüber ungefähr die Stellung des Magistrats gegenüber den Stadtverordneten einnimmt. An und für sich betrachtet liegt in dieser Vorschrift ein Fortschritt, indem die Staatsbehörden dadurch entlastet werden; aber wie die Sache ausgeführt werden soll, ist mir bis jetzt noch unklar; doch hoffe ich, wird uns die zu ertheilende Instruktion auch über diesen Berg wegheften. — Betrachten Sie den Entwurf genau, so werden Sie finden, daß die Errungenheiten, die man uns giebt, von einer solchen Erweiterung weit entfernt sind, daß der für die ganze Sache kein Herz hat, der nicht Alles daran setzt, um den Entwurf durchzubringen. Lassen Sie uns in dieser Sache Alle zusammen gehen, dann werden wir ein Werk zu Stande bringen, durch das wir uns um das Vaterland verdient machen.

Abg. Miquel (gegen die Vorlage): Selbst diejenigen, die den Entwurf für unannehmbar halten, haben die Pflicht durch positive Ammendements der Regierung zu zeigen, was sie wollen. Ich werde mich deshalb nicht auf einen bloß negativen Standpunkt stellen, obwohl ich die Überzeugung habe, daß der Entwurf mehr schaden als nützen würde, wenn er so wie er ist, zur Annahme käme. Zunächst muß ich bedauern, daß die Regierung nicht mit einem großen allgemeinen Reorganisationsplane hervorgetreten ist, der gleichzeitig die Verfassung der Landgemeinden und der Provinz regelt; sie würde uns auf diese Weise wenigstens die Möglichkeit gegeben haben, die Stellung der verschiedenen Organe des Kreises und ihr Verhältniß zu den Organen der weiteren und engeren Bezirke richtig zu beurtheilen und uns auf Kompromisse einzulassen. Gegenwärtig sind solche nicht möglich, da wir über die Pläne der Regierung bezüglich der Gemeinde- und Provinzialverfassung vollständig im Unklaren sind. Mindestens hätten wir erwarten dürfen, dieselben, wenn auch nur in allgemeinen Zügen, in den Motiven entwickelt zu finden, da ich doch unmöglich annehmen kann, die Regierung werde eine Kreisordnung entwerfen, ohne sich über den Plan des Ganzen bereits vollkommen klar zu sein. — Sodann muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Entwurf sich nur auf die sechs östlichen Provinzen der Monarchie erstreckt. Preußen muß auf die Dauer eine gleichmäßige Verfassung haben, wenn nicht der Staat geschädigt werden soll; der vorliegende Entwurf ist aber daran, daß er unmöglich mit Erfolg auf die übrigen Provinzen, geschweige denn auf den Norddeutschen Bund oder Süddeutschland ausgedehnt werden kann. Als den wesentlichen Mangel des Entwurfs betrachte ich die Stellung des Amtshauptmanns, dem die Ausübung eines gewissen Theils der Polizeigewalt übertragen werden soll. Die polizeiliche Gewalt muß untheilbar sein und darf deshalb von der Kommunalverwaltung nicht losgerissen werden. Allerdings scheint aus den Motiven des Entwurfs hervorzugehen, daß die Regierung die Absicht hat, die Amtsbezirke sich allmälig in Kommunalbezirke entwickeln zu lassen, sollte dies aber auch der Fall sein, so wäre es doch mindestens notwendig, für die Bistände während des Provisoriums die Stellung der Amtshauptleute für die kommunale Selbstverwaltung gefährlos zu machen und den Entwurf in diesem Sinne zu amändern. Man hat die Befürchtung ausgesprochen, es werde schwer werden, für die Bevölkerung der Amtbezirke geeignete Personen in genügender Zahl zu finden. Zur Übernahme eines bloßen Polizeiamtes werden sich allerdings wenige Leute geeignet finden, bei einer Verbindung mit der Kommunalverwaltung kann es aber an geeigneten Männern nicht fehlen. Ich kenne die östlichen Provinzen nicht so genau, um ein bestimmtes Urtheil zu fällen, wenn ich aber sehe, daß dieselben 347 737 spannende Höfe besitzen, daß also 81 solcher Höfe auf eine Quadratmeile kommen, deren Besitzer sich jedenfalls zum großen Theile zur Teilnahme an der Gemeindeverwaltung eignen, so wird es mit schwer zu glauben, daß nicht mehr als ausreichend Material zu tüchtigen Gemeindevorstehern und anderen Verwaltungsamtern vorhanden sein sollte. — Ein anderer wesentlicher Punkt in dem Entwurf betrifft die Steuer- und Stimmrechtsfrage, die ich beide für eng zusammengehörig halte. Der in dem Entwurf aufgestellte Grundzog, nicht dem Kreise selbst zu überlassen, in welcher Weise die Lasten auferlegt werden sollen, ist durchaus richtig, nur vermissen ich die Durchführung dieses Grundzuges und die Aufstellung der allgemeinen Bestimmungen, welche für alle Kreise gemeinsame Regeln aufstellen. Einzelne Vorstellungen sind allerdings vorhanden, aber gerade diese sind prinzipiell falsch. Die wahre eigentliche Kreissteuer ist nicht die Klassen- und Einkommensteuer, sondern die Grund- und Gebäudesteuer, denn die Maßregeln und Einrichtungen des Kreises, z. B. Chausseen und dergl., gereichen zwar allen Kreisangehörigen in gleichem Maße zum Vorteil, haben aber zugleich die Eigenschaft, den Wert des Grund und Bodens zu erhöhen. Aus diesem Grunde halte ich eine Ammendirung des § 9 für notwendig, welche gleichzeitig einen unabänderlichen Maßstab für das Verhältniß aufstellt, in welchem die verschiedenen Steuern zu den Kreisabgaben herangezogen werden dürfen. Einen großen Mangel sehe ich ferner darin, daß das Stimmrecht ganz unabhängig von der Lastenbelastung vertheilt werden soll. Durch die Bestimmungen des Entwurfs schädigt man das Stimmrecht der Städte und privilegiert den Großgrundbesitz. Eine besondere Vertretung des letzteren halte ich überhaupt für überflüssig, da ein Gegengesetz seiner Interessen mit denen des Kleingrundbesitzes nicht vorhanden ist, will man ihm aber ein größeres Stimmrecht konzedieren, so geschehe es nach Maßgabe seiner Leistungen, nach dem Grundsatz: Gleiche Lasten, gleiche Rechte. — Zu den wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs gehören endlich diejenigen, welche die Stellung der Organe des Kreises regeln. Was zunächst das Verhältniß des Kreisausschusses zu der Kreisverfassung betrifft, so ist ein inniges Zusammenwirken und das möglichste Fernhalten gegenseitiger Eiferjucht die erste Bedingung ersichtlicher Wirksamkeit; diese Bindung wird aber durch die im Entwurf vorgeschriebene Zusammensetzung des Kreisausschusses notwendig ausgeschlossen. Dadurch, daß die Hälfte der in dem Ausschuß zu wählenden Mitglieder vollständig unter dem Einfluß des Landräths steht, wird dieer in die Lage gesetzt — namentlich mit Rücksicht auf das Recht, in zweifelhaften Fällen zu entscheiden — bestimmend auf die Beschlüsse des genannten Körpers einzuwirken; er kann auf diese Weise Maßregeln durchsetzen, die den Kreis empfindlich schädigen, und wird sich der Regierung und den Gemeinden gegenüber ungünstig hinter dem Ausschuß verstellen. Angesichts einer solchen Möglichkeit will ich lieber die jetzigen Bestimmungen aufrecht erhalten, wo der Landrat zwar allein verfügt, aber auch selbst die Verantwortlichkeit trägt. Und zu welchem Zweck soll die Hälfte des Ausschusses von Amtsläuten und Bürgermeistern gewählt werden? Wenn

die Regierung der Kreisversammlung nicht einmal so viel Vertrauen schenkt, daß sie selbst im Stande sein werde, die geeigneten Männer zu finden, dann ist überhaupt der Versuch der Dezentralisation und Selbstverwaltung verfehlt. — Was das Verhältniß des Ausschusses und der Kreisversammlung zum Landrat betrifft, so kann ich nicht mit der liberalen Partei in den gegen die Vorlage erhobenen Vorwurf einstimmen. Wenn dieses Verhältniß nicht daran ist, daß alle Theile sich gegenseitig in die Hände arbeiten und alle ein gemeinsames Interesse verfolgen, so wird die ganze Verwaltung lahm gelegt. Dadurch, daß der Landrat Vorsteher der anderen Verwaltungsbehörden und also selbst Kommunalbeamter ist, wird eine gewisse Einheitlichkeit und eine Gemeinsamkeit der Interessen hervorgerufen, die nie zu erreichen wäre, wenn derselbe einzige als Vertreter des Staates dem Ausschuß und der Kreisversammlung gegenüber stände. Ob der Landrat selbst gewählt, oder ernannt wird, darauf lege ich ein so bedeutendes Gewicht nicht, wenn sonst die erforderlichen Garantien gegen etwaige Uebergreifungen in die Befugnisse der anderen Verwaltungsbehörden vorhanden sind. Trotz der großen Mängel der Vorlage werden wir in Anerkennung der darin auch vorhandenen Vorzüge überall wo es möglich ist, die Hand zu einem Ausgleich dienen und nur da strikt an unserm Recht festhalten, wo wir einen offensären Rücktritt oder Hindernisse für eine spätere Entwicklung zum Besseren sehen. Dafür glauben wir aber auch anderseits von der Regierung erwarten zu dürfen, daß sie uns auf halbem Wege entgegenkomme. Das Bedürfnis einer Reorganisation ist gewaltig: nicht nur unsere inneren Zustände verlangen dieselbe, sondern sie ist auch unentbehrlich für die Lösung der deutschen Aufgabe Preußens. Ein Volk, das sich selbst zu verteidigen weiß, wird auch wissen sich selbst zu regieren. (Bravo!)

Abg. v. Wedell (für die Vorlage): Der vorliegende Gesetzesentwurf bietet uns ein weites Feld der Selbstverwaltung dar, und da ich diese will, nehme ich Abstand von dem Widerstande, den ich sonst einer Änderung der Kreisvertretung und der gutsherrlichen Polizei entgegensetzt haben würde. Und so will ich nur zwei Beichwerden hervorheben, zu denen die neue Kreisvertretung und die Kreisbeamten Anlaß geben. Durch die Bestimmungen über die neue Kreisvertretung, durch den Wegfall der Bürstimmung, brachen wir vollständig mit der alten ständischen Verfassung. Wir (die Rechte) sind der Meinung, daß der Großgrundbesitz nach der Vorlage nicht genug vertreten sein werde, während Sie der gegenwärtigen Ansicht sind. Denfalls werden durch Aufhebung der Bürstimmung und durch Einführung des Zensus Viele aus der Klasse der großen Grundbesitzer in den der Landbesitzer übergehen und durch solche capitis diminutio minima unangenehm berührt werden. Da wir aber zur Reform der Kreisverfassung den Beihilfe des großen Grundbesitzes bedürfen, möchte ich sie schonen und die Zugehörigkeit zum großen Grundbesitz: 1) denen gestalten, welche aus ihrem Güte über 1000 Thlr. Reinertrag ziehn und 2) denen, welche einmal eine Bürstimmung selbst bei geringerer Reinertrage besitzen, so lange sich das Gut den Händen ihrer Familie befindet. — Meine Bedenken gegen die Kreisbeamten betreffen die Personen und die Kosten. In einigen Kreisen wird man die Personen finden, die sich zu Amtshauptleuten eignen, in anderen nicht, und immer wird, wegen der Arbeitslast, große Abneigung gegen das Ehrenamt herrschen. Ich halte es schließlich nur für möglich, daß wir zur sehr kostspieligen hannoverschen Amtsvorverfassung kommen, oder daß ein subalterner Polizeibeamter als Amtshauptmann fungirt. Noch fraglicher steht es mit den Kosten, die sich auf 6 bis 10,000 Thlr. für den Kreis belaufen werden. Hier debattieren wir über den Bußgeld zur Einkommensteuer von 25 p.C. und dort wollten wir den Kreisen eine gleiche Last ohne Weiteres für immer auflegen. — Der Vorzug der Vorlage liegt in dem Kreisausschuß. Durch ihn brechen wir mit dem bureaukratischen Einfluß auf Sicherheit; auch können wir mit den Kompetenzen des Ausschusses ganz zufrieden sein, wenn etwa die Schulen und Kirchenbaulegenheiten hinzutreten. Den Kreisausschuß lassen Sie sich nicht entgehen, er ist das Fundament der Selbstverwaltung. Die Vorlage bietet vorzügliche Grundlagen zu einer ernsten Diskussion und ich bitte die Herren aller Parteien, den Entwurf nicht a limine zu verwerfen, sondern zu versuchen, ob es nicht möglich ist, durch ihre Annahme unserem Vaterlande das kostliche Gut der Selbstverwaltung zu verschaffen. (Beifall.)

Abg. Birchow (gegen die Vorlage): Wir (die Unte) sind gern bereit, mit aller Ernsthaftigkeit und allem Eifer auf Ammendierung oder Umarbeitung des Gesetzes hinarbeiten, um womöglich das große Gut der Selbstverwaltung zu erreichen. Aber wenn der Vorredner diesen Entwurf hier als die Organisierung der Selbstverwaltung bezeichnet, dann scheint es allerdings eine der ersten Aufgaben dieses Hauses zu sein, sich klar zu machen, was denn eigentlich Selbstverwaltung ist. Die Selbstverwaltung hat zunächst nicht das Kriterium der Billigkeit an sich. Nur der Herr Finanzminister hat das Recht, sie als billig anzusehen, weil allerdings mit jedem Akt der Übertragung von Funktionen des Staates auf andere Kreise des Volkslebens eine Entlastung der Staatsfinanzen verbunden ist. Über diese Ausgaben muß nun der Sackel der Kommune tragen, und es ist also nach dieser Seite hin die Selbstverwaltung gleichbedeutend mit der wachsenden Belastung der Kommunen und Kreise. Das haben wir klarster Weise darin vor uns, daß die vom Könige ernannten Amtshauptleute mit den Ausgaben, die sie zur Ausübung ihrer Funktionen brauchen, sofort auf die Kreiskasse hingewiesen werden. Der König ernennt der Kreis bezahlt; das nennt der Herr Finanzminister Selbstverwaltung! (Große Heiterkeit.) Aber wir haben es hier mit dem Herrn Minister des Innern zu thun, und es fragt sich, was der für eine Auffassung von Selbstverwaltung hat. Der Herr Minister hat das Recht, sie als billig anzusehen, weil allerdings mit jedem Amtshauptleute, als wirkliche in der Erfahrung vorhandene, nicht von der Doktrin, sondern auf dem gewöhnlichen Wege erzeugte Personen gestoßen zu sein. (Große Heiterkeit.) Nach bisheriger deutscher Gewohnheit, nach den Traditionen der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung glaubten wir, daß die Selbstverwaltung einer Körperschaft darin besteht, daß sie ihre Funktion durch freigewählte Organe ausübe, durch Organe, die eigene Bestandtheile der betreffenden Körperschaft sind. Etwas der Art ist allerdings in keinem einzigen Punkte der uns hier vorgelegten Organisation zu finden. Der Landrat wird vom Könige ernannt; sogar die bisherige Theilnahme der Kreistage daran in Bezug auf die Vorstöße wird erheblich befrüchtet. Der Kreistag schwächt unter dem Voraussetzung einer Auflösung durch königliche Verordnung, und dann tritt wieder eine kommissarische Verwaltung des Kreises auf Kosten des Kreises ein. Die Hälfte des Kreisausschusses geht aus denjenigen Gebilden hervor, welche aus königlicher Ernennung entstehen, nämlich aus den Amtshauptleuten. Wenn man endlich bedenkt, daß die Wahl zum Kreistage nach Prinzipien geschieht, welche den bisherigen Grundsätzen außerordentlich nahe stehen, dann möchte die Summe von alle dem in der That eine ganz sonderbare Selbstverwaltung sein. Denn ob man die im Entwurf vorgesehene Vertretung als eine ständische oder als eine Interessenvertretung bezeichnet, kommt wohl ziemlich auf dasselbe heraus. Unsere bisherige Kreisvertretung war auch nichts als eine Interessenvertretung, die sich auf einen bestimmten Bezirk gründet; das alte ständische System im vollen Sinne des Feudalismus war längst nicht mehr vorhanden. In dieser Interessenvertretung ändert die Vorlage nur darin etwas, daß sie eine gewisse Anzahl von Bürstimmern aufhebt. Ich sage mit Absicht nur eine gewisse Zahl, denn Bürstimmern, allerdings in einer etwas vereinfachten Form, werden noch immer bestehen bleiben. Wenn 6 Männer zusammenberufen werden, um

heilen, ausreichende Bestimmungen über die Gemeindeordnung mit in dieses Gesetz gleich jetzt hineinzubringen. Der gegenwärtige Moment ist ein ziemlich schwer wiegender Augenblick, daher halten Sie die Regierung beim Wort. Ich und meine Freunde m. H. sind allerdings niemals der Meinung gewesen, daß überall in jedem einzelnen Punkt das Volk in der Lage ist, alle Verhältnisse sofort unbefangen bearbeiten zu können, daß es stets gleich die besten Männer für die zu lösenden Aufgaben findet. Aber m. H. (nach rechts gewendet), Sie werden doch zugestehen, daß beispielsweise auch der einzelne Abgeordnete zum Abgeordnetenhaus nicht gerade immer der beste Mann seines Wahlkreises ist, und doch werden Sie nicht behaupten wollen, daß deswegen das ganze Abgeordnetenhaus oder wenigstens die linke Seite derselben nur ein für alle Mal abgeschafft werden müßte. (Heiterkeit) Das muß Alles durchgeprobt werden. Und sind denn unsere heutigen Dorfgemeinden jetzt schlechter zusammengesetzt, als unsere städtischen Gemeinden zur Zeit, wo sie die Steinische Städteordnung befanden? Diese traf die Städte in vollster Desorganisation, aber man mache eben den Versuch, und Sie werden sich auch hier entschließen müssen, einmal den entscheidenden Schritt zu thun und die Landgemeinden ebenso wie seiner Zeit die Stadtgemeinden zu emanzipieren. Mögen auch hier und da für den Anfang die geeigneten Persönlichkeiten fehlen, das muß man Alles von selber sich entwickeln lassen. Das kann aber nur geschehen, wenn man die Gemeinden auf etwas größerer Grundlage konstituiert, als dies im Entwurf geschehen ist. Die Öffnung ferner eines Beamten wird immer auf Widerstand stoßen. Eine Regierung, welche etwas weiter denkt, welche nicht fortwährend Misstrauen gegenüber der Bevölkerung hat, wird auch keinen Augenblick sich bedenken, die kleine Polizei in die Hände derjenigen zu legen, welche am meisten an der Herstellung eines vernünftigen Zustandes in diesen Verhältnissen interessirt sind. Ich für meinen Theil würde auch den Landrat aus der Kreisvertretung hervorheben lassen und ihm trotzdem diejenigen Funktionen übertragen, die ihm gegenwärtig als königlichem Beamten übertragen sind. Es würde das allerdings mit sich bringen, daß dieser Beamte dann nicht so geeignet sein würde, der Regierung auch in manchen anderen Dingen, z. B. in politischen Angelegenheiten zu folgen. So lange eine Regierung sich als Parteidemokratie betrachtet, so lange sie verlangt, daß alle Behörden sich zu politischen Dingen mißbrauchen lassen, den Willen derselben thun, die jeweilig die Macht in der Hand haben, so lange kann sie allerdings keine andere als gefügte Werkzeuge brauchen. Mögen doch diese Werkzeuge später immerhin etwas störrisch sein in politischen Dingen, es wäre in der That kein Nachteil, wenn ein solcher von der Kreisvertretung frei gewählter Landrat, der sich wirklich als vollem Ausdruck seines Kreises betrachtet, sich nicht mit der Zumuthung der Regierung kommen ließe: du sollst heute, wenn wir liberal sind liberal amtiren, und morgen, wenn wir reaktionär sind, sollst du reaktionär amtiren. Denn man sieht die Kraft solcher Institutionen nicht bloss darin, daß sie biegsam, sondern auch darin, daß sie widerstandsfähig sind. Und für uns auf dieser Seite liegt allerdings ein ganz wesentliches Kriterium der Selbstverwaltung darin, daß ihre Organe im Stande sind, sich als selbstständige Körper auch bei verschiedenen Staatsverhältnissen zu erhalten. Der Entwurf spricht öfters von dem „unabhängigen“, von dem „wahren Kommunalverband“. Es ist das aber wirklich ein unabhängiger Wahlverband, wenn er nicht im Stande ist, auch einmal dem Herrn Minister Widerstand zu leisten? Darin, daß die Beamten, die der König für die Kreisverwaltung ernannt, aus Angehörigen des Kreises genommen werden, darin scheint der Herr Minister allein das Kriterium der Selbstverwaltung zu finden. (Heiterkeit.) Redner schließt mit der Empfehlung des v. Hoyerbedien Antrages.

Abg. von Karbottorf (für die Vorlage): Meine Freunde und ich sehen, entgegen dem Herrn Vorredner, die Vorlage zwar mit einer gewissen Unbefangenheit, aber doch so an, daß wir meinen, es ist der Regierung mit derselben vollständiger Ernst. Sie hat in der Vorlage mit den bisherigen alten Prinzipien absolut gebrochen und den Steinischen Grundgedanken zu verwirken versucht. Wenn in den Details sich noch ein angstliches Anklammern an alte bureauratistische Traditionen findet, so steht doch die Tendenz des Gesetzes damit in Widerspruch, und wir werden suchen, diesen Widerspruch durch Ämtemente zu beseitigen. Wir halten das Gesetz für ein gutes und wohlthätiges; die Stellung des Vorredners zu dem Entwurf aber ist eine konsequente. Wer der Regierung 1866 das Budget verweigerte und die norddeutsche Bundesverfassung für das Grab der Freiheit erklärte, muß so wie der Vorredner sich zu diesem Entwurf stellen. Diese Konsequenz ist aber kein Lob, sondern der schwerste Ladel, den man einer politischen Partei aussprechen kann; denn sie ruht nicht auf faktischen Verhältnissen, sondern auf dogmatischen Ideen. Unter den Vorwürfen gegen den Entwurf ist hauptsächlich der betont, es fehle dem Entwurf die Eindeutigkeit. Wirkliche Gemeinden haben wir ja aber gar nicht, bei uns ist der Träger des öffentlichen Lebens die Kreiskorporation, auf deren Ausbildung es allein ankommt. Ebenso unzutreffend ist die Behauptung von einer Vorzugsstellung des großen Grundbesitzes in der Kreisvertretung. Vergegenwärtigen Sie sich die Zahlen, um die seine Vertreter auf den Kreistagen vermindert sind und nennen Sie eine Vorlage nicht hart, die sich schon an vorliegende Verhältnisse anlehnt. Anträge, die eine noch weitergehende Aenderung in dem Verhältnis der Kreisvertretung beweisen, sind schon deshalb sehr vorsichtig zu behandeln, damit nicht die Regierung, wenn sie den Entwurf glücklich durch das Feuer dieses Hauses gebracht hat, gezwungen wird, im Herrenhaus das Gesetz zu einer Kabinettsfrage zu machen. (Heiterkeit links.) — Ich behaupte, daß der Entwurf sehr viel Selbstverwaltung enthält und einen Grundstein bildet, auf dem sich eine freiheitliche Entwicklung unserer gesammten bürgerlichen und rechtlichen Verhältnisse verbürgt läßt. Die Parteien haben sich in den letzten Jahren in vielen Fragen gegenseitig sehr gehindert, lassen Sie uns deshalb in dieser nationalen Aufgabe des Landes zusammengehen und zeigen, daß wir nicht bloss in Deutschland das große Wort zu sprechen haben, sondern auch in einer gesunden Institution des Vaterlandes. (Bravo rechts.)

Hierauf wird die Debatte vertagt. Während der Sitzung ist folgender ausreichend unterstützter Antrag der Abgeordneten Miquel und Basker eingegangen: „die Regierung aufzufordern, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß im Wege der Bundesgesetzgebung die Kompetenz des Norddeutschen Bundes auf das gesammte bürgerliche Recht ausgedehnt werde.“ (Wird durch Vorberathung im Plenum erledigt werden.)

Die Beschlusssitzung über die geschäftliche Behandlung des Antrages der Abg. Dr. Becker und Gneist, betreffend die Ablösung der Realasien bei geistlichen Instituten wird bis nach vollendetem Drucke derselben ausgezögert.

Nächste Sitzung Dienstag. Tagesordnung: Fortsetzung der Vorbereitung über die Kreisordnung. Schluz der Sitzung 3½ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

B. K. B. Die Stimmung in den konservativen Kreisen ist dem Gesetzentwurf über den Zuschlag von 25 pG zur Klassen- und Einkommenssteuer z. durchaus abgeneigt, so daß schon jetzt die Verwerfung des Gesetzes mit Sicherheit anzunehmen ist. Man sagt sich, daß, wenn auch die Erhöhung der Klassensteuer für den kleinen Mann nur wenige Pfennige pro Person beträgt, dennoch diese wenigen Pfennige einen Eindruck auf die finanziellen Verhältnisse derselben ausüben. Wenn die finanzielle Lage des Staates aber eine Erhöhung der Steuer verlange, so — meint man — sollte man dort die Steuerkrumpe anwenden, wo sie noch eher zu ertragen sei, aber nicht bei dem gemeinen Manne, dessen Lage ohnehin gedrückt genug sei. Aus diesem Grunde ist auch schon in konservativen Kreisen die Frage ventilirt, ob es nicht gerathen sei, diejenigen Steuervorlagen, welche in der letzten Sitzung des Reichstags vorgelegt, dort aber abgelehnt worden, wie z. B. die Börsensteuer z. nochmals aufzunehmen und speziell für Preußen nochmals der Landesvertretung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Okt. Am heutigen Tage waren zum Geburtstage Sr. fgl. Hoheit des Kronprinzen die öffentlichen und einige andere Gebäude mit preußischen Fahnen geschmückt.

— In dem Lehrerpersonale der städtischen Mittelschule ist jetzt die Aenderung eingetreten, daß der Lehrer Igel wieder an die israelitische Elementarschule, an welcher er bis vor einem halben Jahre beschäftigt war, zurückversetzt worden ist. An dieser wurde er damals entbehrlich, weil die stetige Verminderung der

Schülerzahl schließlich auch eine Verminderung der Klassenzahl zur Folge hatte. Bei der Mittelschule dagegen machte die steigende Frequenz eine neue Klasse und einen neuen Lehrer nötig, und so wurde denn Herr Igel von jener an diese, bei welcher die Zahl der israelitischen Schüler etwa ein Viertel beträgt, versetzt. Wie früher an der Elementarschule, so bewährte sich Herr Igel auch an der Mittelschule, und es schiede sich kein Grund vorhanden, ihn wieder von der Mittelschule wegzunehmen, auch dann nicht, als durch den Abgang eines Lehrers an der israelitischen Schule an dieser eine Stelle vakant wurde, zumal der Vorstand derselben an die israelitische Schule einen christlichen Lehrer aus demselben Grunde wünschte, aus welchem die weit überwiegende Mehrzahl jüdischer Eltern ihre Kinder in christliche Schulen schickt. Die Regierung ist jedoch anderer Meinung und hat die Besetzung der an der israelitischen Schule vakant gewordenen Stelle durch den ic. Igel besohlen. Es versteht sich von selbst, daß diese Verfügung außer allem Zusammenhang ist mit dem neulich erwähnten Proteste einer Anzahl von Lehrern der Mittelschule (nicht des Kollegiums) gegen die Anordnung, den israelitischen Kollegen ein paar Tage zu vertreten. An der Mittelschule ist, wie wir hören, ebenfalls von der Regierung bis auf Weiteres eine Stellvertretung durch Zuhilfenahme der disponiblen Lehrkräfte der Anstalt angeordnet worden.

— Die Realschule wird gegenwärtig, nachdem 40 Schüler zum Schlusse des vergangenen Halbjahres abgegangen und 21 neu eingetreten sind, von 428 Schülern besucht.

— Bezuglich der Prüfung der einjährig Freiwilligen soll nach einer neueren Erläuterung des Kriegsministers und des Ministers des Innern, wie die „Köln. Blg.“ meldet, das Lateinische als obligatorischer Gegenstand der Prüfung für den einjährig freiwilligen Dienst nicht behandelt werden, da gegenwärtig noch Realchulen zweiter Ordnung bestehen, in welchen das Lateinische nicht gelehrt wird.

— Die Handelskammer beschäftigte sich in ihrer jüngsten Sitzung mit folgenden Gegenständen von allgemeinem Interesse: Die lgl. Regierung erforderte eine gutachtlische Neuerung über die Frage, welche Hebung des gegenwärtig auf der Warthe vorhandenen Schiffs- und Floßverkehrs nach erfolgter Herstellung eines überall gleichen, der Natur des Stromes entsprechenden Bahrties unter Berücksichtigung der sonstigen vorhandenen Kommunikationsmittel und der industriellen Entwicklung der Provinz wohl zu erwarten sein würde und welche anderweitigen Momente auf eine solche Hebung etwa noch von förderndem Einfluß sein könnten. Nach eingehender Prüfung wurde das betreffende Gutachten festgestellt.* — Der Herr Ober-Präsident übersendet den von der Kommission zur Begutachtung der Klassensteuer-Reklamationen pro 1870 wird bestimmt aus den Herren Bürgermeister Fritz aus Birken, Beigeordneter Woschke aus Schwirke und dem Freischulzengutsbesitzer Kullak aus Schwirke, resp. deren Stellvertretern Bürgermeister Mack in Birnbaum, Bürgermeister Müller in Schwerin und Grundbesitzer Wölke in Neplin. 4) Die Vereinigung des Etablissements Kukulomühle mit dem Gutsbezirk des lgl. Forstreviers Zirkel und die Immobilienförderung mehrerer zur Domäne Großdörfel gehörigen Parzellen in den Stadtbezirk von Birnbaum wurde genehmigt. 5) In die Kommission, betreffend die Quartierleitung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, wurden gewählt: Herr Landschaftsrath Keibel in Gr. Mühl und Grundbesitzer Röhl in Strich-Hauland und zu deren Stellvertretern Rittergutsbesitzer v. Kalckreuth in Müchocin und Gutsbesitzer Kullak in Schwirke. 6) Zu Kreisverordneten für die hiesigen Kreise auf Antrag der General-Kommission wurden gewählt: Freiherr v. Massenbach auf Bielokoz, Landschaftsrath v. Sander auf Chareic, ehem. Gutsbesitzer Hoffmann in Zirkel und Wirtschaftsinspektor Valde in Kl. Mühl. 7) Ein Ministerial-Reskript vom 2. Mai er., betreffend die Ausführung des Chausseebaus von Birnbaum nach Driesen, wurde mitgetheilt und es wurde beschlossen, von diesem Bau jetzt abzutreten, dagegen im Anschluß an die von der lgl. Forstverwaltung projektierte und bereits in Angriff genommene Befestigung des Weges durch den lgl. Forst eine Kiesstraße von Birnbaum zunächst bis zum Flughafen unter Zurhilfenahme der Leistungen der Bauverpflichteten in der Art anzulegen, daß dieselbe, sofern später eine Chaussee erbaut werden sollte, als Sommerweg benutzt werden kann. Der Kreistag gewährt in dieser Beziehung die Vorlage weiterer Propositionen und überträgt die Ausführung untertechnischer Leitung der ständischen Begebau-Kommission. 8) Einem Antrage des Rittergutsbesitzers v. Willich gemäß wurde beschlossen, sich bereit zu erklären, die Gelder zu den Vorarbeiten der Eisenbahlinie Bentschen, Birnbaum-Kreuz zu bewilligen und sollen die definitiven Beschläfte darüber gefaßt werden, sobald von der betreff. Gesellschaft resp. den zuständigen Behörden die erforderlichen Vorlagen gemacht sein werden. 9) Wurde ein Reskript der l. Regierung, die Leitung und Handhabung des Feuerlöschwesens auf dem platten Lande betreffend, mitgetheilt. 10) Die Bewilligung einer Beihilfe zur Anschaffung einer Feuerwaffe für die Gemeinde Neudorf wurde abgelehnt. 11) Durch Stimmenmehrheit wurde beschlossen, die Kreismunalosten der Gemeinden Neudorf und Falkenwalde fünftig nach dem Grundsteuerüberführungs-Beschwerden nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. Febr. 1867 ermittelt werden, zu veranlassen. 12) Dem früheren Chaussee-Bauunternehmer Hinze wurden 300 Thlr. als Unterstützung bewilligt. 13) Die Errichtung von Kreislazaretten wurde als ein Bedürfnis anerkannt. Die demzufolge gewählte aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission wird unter dem Vorsteher des Hrn. Landrats die Frage in nähere Berathung ziehen. Als maßgebend wurde erachtet, daß diese Lazarette mir den städtischen Lazaretten in Birnbaum, Zirkel und Schwerin in Verbindung gebracht würden. 14) Bezuglich des ehemaligen Salzmagazin-Etablissements in Zirkel wurde von dem Kreisthauptmann zugestimmt, daß dasselbe aus dem Stadtbezirk Zirkel entlaufen und dem Gutsbezirk der l. Oberförsterei Zirkel zugeschlagen werde.

□ Lissa, 14. Oktober. Am Montag begannen hier unter Vorsteher des Appellationsgerichtsrath Kinel aus Posen von Neuem die Schwurgerichtsverhandlungen. Dieselben bieten diesmal nach dem Inhalte der vorliegenden Anklagen ein größeres Interesse als sonst. Die vorgebrachte Anklage gegen den Tagelöhner Michael Peiffer aus Tczewica, Kreis Kosten, wegen Raub, endigte trotz der nachdrücklichen Vertheidigung des Angeklagten durch den Auskultator Norden mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer neunjährigen Buchhausstrafe. Bei Rückführung des Verurtheilten in die Gefängniszelle wußte der verschmitzte, bereits wiederholt bestraft und aus seiner Haft entsprungene Verbrecher einen günstigen Moment zur abermaligen Flucht zu benutzen, trodete zahlreiche Menschen in der nächsten Nähe waren. Nachdem er dem ihm begleitenden Gefangnißwärter die Verfolgung abgeschnitten, rief er selbst die in der Nähe befindlichen Personen mit zur Verfolgung auf und schrie ganz wacker mit: „Halte den entsprungenen Verbrecher auf!“ So gelang es ihm, einen Vorprung und das Dunkel zu gewinnen, und alle Mühe zu seiner Biedereinfangung ist bisher vergeblich gewesen. — Gestern begannen die Verhandlungen gegen den Kaufmann Theodor Wegner und Komplizen aus Jutroschin wegen Theilnahme an Meineid in drei Fällen und versuchter Verleitung zu demselben Verbrechen in zehn Fällen. Mehr als 90 Zeugen sind in dieser umfangreichen und verzweigten Anklage zu vernehmen, welche letztere kaum in drei Tagen zum Abschluß kommen wird. Die ganze Verhandlung gewährt einen traurigen Einblick in die Vererbtheit menschlicher Naturen. — Seit zwei Jahren besteht hier ein sogenannter jüdischer Armenverein zur Unterstützung durchreisender jüdischer Armen. Hr. Kommissionsrath Mendel Cohn aus Posen hat sich nicht um das Bustandekommen dieses Vereins durch freundliche Rathschläge große Verdienste erworben, sondern er unterstützt den Verein auch fortgesetzt durch ansehnliche Spenden, die er demselben wiederholt zugemeldet hat.

□ Schwerin a. W., 14. Okt. Aus dem umfangreichen Verhandlungsbereich über den Stand der hiesigen Gemeindeangelegenheiten pro 1867 und 1868 entnehmen wir Folgendes. Der Bericht konstatiert zunächst, daß in den Jahren 1867 und 1868 sämtliche Verwaltungsfragen stets in vollkommenster Übereinstimmung beider städtischen Behörden erledigt wurden. Am 1. April 1867 ist der Bürgermeister Baezmann nach zwöljamähriger Dienstzeit aus dem Amt geschieden und das Gehalt seines Nachfolgers wurde nun auf Anordnung der l. Regierung von 700 Thlr. auf 1000 Thlr. erhöht. Seit dem 1. Januar ist auch der frühere Beigeordnete Margraf, nachdem er 30 Jahre der Verwaltung gedient, ausgetreten. Seit dem Jahr 1868 ist auf einstimmigen Beschuß beider städtischen Körperschaften und mit Genehmigung der l. Regierung die Zahl der Stadtverordneten von 12 auf 18 erhöht worden. Im Jahre 1867 wurden 4472, im Jahre 1868 dagegen 5763 Journal-Nummern bearbeitet. Seit 1868 sind für die Magistrats- und Polizeiaufgaben besondere Journale angelegt. Der Magistrat hat im Jahre 1868 54 Sitzungen gehalten, die Stadtverordneten haben im Jahre 1868 in 20 Sitzungen 73 Beschlüsse gefaßt. Am 3. Dezember 1867 waren im Stadtbezirk 6567 Personen vorhanden. Im Jahre 1868 wurden 32 Auslands-päpe, 92 Inlandspäpe, 23 Paktfarten, 17 Reiserouten, 73 Dienstbücher ausgestellt und 31 Baukonzesse erteilt. Die polizeilich genehmigten Mobilisierungen erreichten im Jahre 1868 den Gesamtwert von 728,382 Thlr. — Durch die Ortssteuerkasse sind 1868 an Klassenstein erheben worden:

marsch; denn der Feind hatte einen Angriff auf das Fort Tiezen (Berliner Fort) gemacht, und war sogar bereits in die Festungsgräben hinabgestiegen. Um nun denselben gehörig aufs Korn nehmen zu können, wurde das Forterain mit Leuchtburg und Leuchtraketen beschossen, der Graben mir Fackeln erleuchtet, und alsdann eine gewaltige Kanonade eröffnet. Unterdessen hatte eine größere Kavallerieabteilung einen Ausfall durch die Poterne bei Bastion Columb (Südlich vom Berliner Thor) gemacht; im Sturmarsch rückte sie gegen den Feind vor, es entpankte sich ein andauerndes heftiges Gewebe, bei dem die Kanonen den Grundboden spulten, und schließlich sahen sich die kühnen Belagerer genötigt, von einer Überwrestung des Berliner Forts abzustecken. Damit hatte das Festungsmanöver sein Ende erreicht.

— An der städtischen Wasserleitung barst am Sonntage früh auf dem Sappeplatz ein gußeisernes Rohr, welches über den gewölbten Kanal an der Ostseite des Platzes, in der Nähe des Bambergischen Ladens, hinweggeht. Sofort waren die Kunstdiener der Wasserleitung zur Stelle, die Zweigleitung wurde abgesperrt und gelang es, bis 3 Uhr Nachmittags ein neues schmiedeeisernes Rohr einzuziehen. An der Westseite des Platzes war in der Nähe des Reichenhauses im vorigen Jahre ein gußeisernes Rohr, welches dort über den Kanal hinweggeht, gleichfalls geborsten und wurde damals ebenso ein schmiedeeisernes Rohr eingezogen.

— Am Wilhelmssyiale wurde gestern das Waldaurische Restaurationslokal im Kantorowiczschen Hause eröffnet. Dasselbe enthält 8 große Zimmer, welche nur durch Bögen von einander gescheiden sind, und sind die 3 hintersten Zimmer für Damenbetrieb eingerichtet. Es ist dies jedenfalls das größte Restaurationslokal unserer Stadt.

— **Birnbaum**, 14. Okt. In dem in voriger Woche zusammenberufenen und recht zahlreich bejubelten Kreistage wurden folgende Punkte erledigt: 1) Den Kreis-Kommunal-Kassen-Etat erst dann festzustellen, wenn der Vertrag zum Provinzial-Chausseebaukondit von Herrn Oberpräsidenten mitgetheilt sein wird. Ohne den genannten Posten belaufen sich die Ausgaben auf 13,385 Thlr. 2) Zu Mitgliedern der Einschätzungscommission für die klassifizierten Einkommensteuer pro 1870 wurden einstimmig gewählt: die Rittergutsbesitzer v. Kalckreuth auf Müchocin, v. Sander auf Chareic und Keibel auf Gr. Mühl, Bürgermeister Müller aus Schwerin, Mühlenspächter C. Nickel aus Odra-Mühle und Kaufmann Braß aus Birnbaum. 3) Die Kommission zur Begutachtung der Klassensteuer-Reklamationen pro 1870 wird bestimmt aus den Herren Bürgermeister Fritz aus Zirkel, Beigeordneter Woschke aus Schwirke und dem Freischulzengutsbesitzer Kullak aus Schwirke, resp. deren Stellvertretern Bürgermeister Mack in Birnbaum, Bürgermeister Müller in Schwerin und Grundbesitzer Wölke in Neplin. 4) Die Vereinigung des Etablissements Kukulomühle mit dem Gutsbezirk des lgl. Forstreviers Zirkel und die Immobilienförderung mehrerer zu Domäne Großdörfel gehörigen Parzellen in den Stadtbezirk von Birnbaum wurde genehmigt.

— In die Kommission, betreffend die Quartierleitung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, wurden gewählt: Herr Landschaftsrath Keibel in Gr. Mühl und Grundbesitzer Röhl in Strich-Hauland und zu deren Stellvertretern Rittergutsbesitzer v. Kalckreuth in Müchocin und Gutsbesitzer Kullak in Schwirke. 6) Zu Kreisverordneten für die hiesigen Kreise auf Antrag der General-Kommission wurden gewählt: Freiherr v. Massenbach auf Bielokoz, Landschaftsrath v. Sander auf Chareic, ehem. Gutsbesitzer Hoffmann in Zirkel und Wirtschaftsinspektor Valde in Kl. Mühl. 7) Ein Ministerial-Reskript vom 2. Mai er., betreffend die Ausführung des Chausseebaus von Birnbaum nach Driesen, wurde mitgetheilt und es wurde beschlossen, von diesem Bau jetzt abzutreten, dagegen im Anschluß an die von der lgl. Forstverwaltung projektierte und bereits in Angriff genommene Befestigung des Weges durch den lgl. Forst eine Kiesstraße von Birnbaum zunächst bis zum Flughafen unter Zurhilfenahme der Leistungen der Bauverpflichteten in der Art anzulegen, daß dieselbe, sofern später eine Chaussee erbaut werden sollte, als Sommerweg benutzt werden kann. Der Kreistag gewährt in dieser Beziehung die Vorlage weiterer Propositionen und überträgt die Ausführung untertechnischer Leitung der ständischen Begebau-Kommission. 8) Einem Antrage des Rittergutsbesitzers v. Willich gemäß wurde beschlossen, sich bereit zu erklären, die Gelder zu den Vorarbeiten der Eisenbahlinie Bentschen, Birnbaum-Kreuz zu bewilligen und sollen die definitiven Beschläfte darüber gefaßt werden, sobald von der betreff. Gesellschaft resp. den zuständigen Behörden die erforderlichen Vorlagen gemacht sein werden. 9) Wurde ein Reskript der l. Regierung, die Leitung und Handhabung des Feuerlöschwesens auf dem platten Lande betreffend, mitgetheilt. 10) Die Bewilligung einer Beihilfe zur Anschaffung einer Feuerwaffe für die Gemeinde Neudorf wurde abgelehnt. 11) Durch Stimmenmehrheit wurde beschlossen, die Kreismunalosten der Gemeinden Neudorf und Falkenwalde fünftig nach dem Grundsteuerüberführungs-Beschwerden nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. Febr. 1867 ermittelt werden, zu veranlassen. 12) Dem früheren Chaussee-Bauunternehmer Hinze wurden 300 Thlr. als Unterstützung bewilligt. 13) Die Errichtung von Kreislazaretten wurde als ein Bedürfnis anerkannt

4084 Thlr., Einkommensteuer durch die Kreiskasse 1224 Thlr., Grundsteuer 1417 Thlr., Gebäudesteuer 1000 Thlr., von 335 Gewerbesteuerpflichtigen wurden 2105 Thlr. Gewerbesteuer gezahlt. In Kreisommunalosten wurden 1867 2239 Thlr. und 1868 2575 Thlr. gezahlt. — Der Gemeindebezirk der Stadt umfasst ein Areal von 24,610 Morgen; das Forst-Areal der Stadt beträgt 7200 Morgen, darunter 800 Morgen Blößen. Die Forst hat an Deputatholz zu liefern an Geistliche, Lehrer, Förster u. jährlich 159 Klaftern Klovenholz. — Es bestehen drei Elementarschulen; die evangelische mit 1 Rektor und 8 Lehrern, die katholische mit 3 und die jüdische mit 2 Lehrern; daneben zwei Privatschulen, in denen zusammen 1252 Kinder unterrichtet werden. Aus Staatsfonds werden zur Unterhaltung der evang. Schule jährlich 320 Thlr. und der kath. Schule 215 Thlr. gewährt. In direkten Steuern für die Schulen zahlt die evang. Gemeinde jährlich 1753 Thlr., die kath. Gemeinde 595 Thlr. und die jüdische Gemeinde 498 Thlr. Das Progymnasium wird zu österr. künftigen Jahres eröffnet. — Zur Vermeidung der kostspieligen Erneuerung hölzerner Brunnenröhre werden nach und nach eiserne eingesetzt; jetzt sind erst 4 solcher Röhre vorhanden. Zur Unterhaltung des Straßenaufbaus werden die im Etat ausgesetzten 300 Thlr. verwendet. Die Beleuchtung durch 29 öffentliche Laternen kostet 39 Thlr., jetzt sind deren 33 vorhanden. — Die Ausgaben für die öffentliche Armenpflege betragen im Jahre 1867 1556 Thlr., im Jahre 1868 2093 Thlr.; es empfingen 1868 93 Personen laufende Unterstützungen von 7½ Sgr. bis 2 Thlr. monatlich, und 31 Kinder waren für öffentliche Rechnung in Pflege gegeben. Im Jahre 1868 wurden 36 Personen in das Krankenhaus aufgenommen und betrug die Zahl der darin verbrachten Tage 1877. An Stiftungen verwaltet die Stadt das Joachimsthalische Legat von 500 Thlr. und das M. Boasche von 4000 Thlr. — In die Spaarasse sind im Jahre 1868 1034 Thlr. eingezogen worden. An Gemeindeabgaben werden 50 Prozent der Klassensteuer erhoben, die einen Ertrag von 2240 Thlr. ergeben; ferner müssen von den Einwohnern aufgebracht werden exkl. der fgl. Abgaben: Kreisommunalbeiträge 2575 Thlr., evang. Schulsteuer 2184 Thlr., kath. Schulsteuer 540 Thlr., jüd. Schulsteuer 513 Thlr., evang. Kirchensteuer 396 Thlr.; zusammen 8450 Thlr. Es macht dies etwa 11 Thlr. 10 Sgr. pro Kopf der Steuerzahler oder 1 Thlr. 9 Sgr. pro Kopf der Bevölkerung. — Das Kapitalvermögen der Stadt besteht in 4475 Thlr. 4 Prozentigen Pofener Rentenbriefen.

— e. **Bromberg**, 14. Oktbr. Die Stadtverordnetenwahl werden in diesem Jahre am 15., 16. und 18. November in neuen Schützenhäusern abgehalten werden und voraussichtlich sich der regsten Beteiligung der Bürgerschaft zu erfreuen haben. Den Terminen selbst sollen die Stimmen während der Stunden von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr entgegen genommen werden. Es sind überhaupt 19 Neu- resp. Erzapwahlen vorgesehen und zwar: in der 1. Abth. an Stelle der Hrn. Seifenfabrikant Gamm, Kaufm. Neumann und Kaufm. Kollwitz, deren Wahlperiode abläuft, ferner an Stelle der Hrn. Oberlehrer Hegel, Kaufm. Barts und Bankier Krons, welche ihr Amt niedergelegt haben; in der 2. Abth. an Stelle der Hrn. Kaufm. Blaschke, Maurermeistr. Schulze und Kaufm. Breidenbach wegen Ablauf der Wahlperiode, ferner an Stelle der Hrn. Rechtsanwalt Senff, Kaufm. Musolf und Eisenbahn-Sekretär Kolbe wegen Niederlegung ihrer Ämter und endlich in der 3. Abth. für die Hrn. Bauinspektor Menz, Gerbereibesitzer Buchholz, Eisenbahn-Sekretär Sattler und Buchhalter Stöger, deren Wahlperiode abläuft, ferner für die Hrn. Tischlermeister Hennig, Reg-Hauptklassenlehrer Walther und Eisenbahn-Sekretär Müller, welche ihr Mandat niedergelegt haben. — Wie verlautet, werden unter Stadtbehörden darüber in Beratung treten, ob es nicht angemessen sei, zur Vermehrung der städtischen Einnahmen den Zinsfaz für ausgegebene Darlehen, welche soweit sie Hypotheken betrafen, bisher 5 pCt. brachten, zu erhöhen. Eine desfallsige Erhöhung dürfte auch den Interessenten der städtischen Sparkasse insofern zu Gute kommen, als alsdann auch die Mittel vorhanden sein werden, um ihre Einlagen angemessen höher zu verzinsen. Jetzt werden den Einlegern bei Einlagen bis 50 Thlr. 4 pCt. und bei Einlagen von 50 Thlr. und darüber 3½ pCt. gewährt. — Nach längerer Batanz ist nun auch die Rektorstelle des hiesigen städt. höheren Töchterchule wieder besetzt, indem der für dieses Amt gewählte Hr. Realchullehrer Dr. Dubislav heute in derselbe eingeführt ist. — Nach Ablauf der Herbstferien hat mit dem heutigen Tage der Unterricht an allen hiesigen höheren Lehranstalten wieder begonnen. Das Gymnasium insbesondere soll eine erhebliche Zahl neuer Schüler erhalten haben. — Den nicht unbedeutenden Bieneiderverlagen der Hrn. J. Diedmann und J. Werner ist nun noch eine dritte, deren Inhaber Hr. W. Molt ist, hinzgetreten; ein Beweis, daß der Durst bei uns groß sein muß.

Aus dem Gerichtssaal.

1. Posen, 18. Oktober. Mit dem heutigen Tage begann die diesmalige Schwurgerichtsperiode unter dem Vorst. des Kreisgerichtsrath Göldner aus Pleschen. Als Beisitzer fungieren der Kreisgerichtsrath Strandt, die Kreisrichter v. Jarochowski und Orlowius aus Posen, Rappnitz aus Schrimm, als Beamter der königl. Staatsanwaltschaft der Staatsanwalt Schmieden. — Bevor in die Verhandlung eingetreten wurde, die 12 Geschworenen aber bereits ausgelost waren, erklärte einer derselben, daß er bitten müsse, noch einen Ersatzgeschworenen auszuholen, da er mit einem Leid behaftet wäre, welches ihn nötigte, die Verhandlung durch öfteres Herausgehen auf halbe Stunden zu stören. Dieser Antrag mußte als unzulässig abgelehnt werden. Dagegen wurde auf den Antrag der königl. Staatsanwaltschaft und gemäß Art. 71 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 durch den Vorst. ein vollständig neues Schwurgericht durch Auslosung von 12 Geschworenen und eines Ersatzgeschworenen gebildet, welches alseitig abzettirt wurde. — Gegenstand der heutigen Verhandlung waren zwei wenig Interesse bleibende Diebstahlssachen. — In den nächsten Tagen kommen folgende Sachen zur Verhandlung, und zwar:

Am 19. Oktober c.: 1) die Anklage gegen die unverehelichte Marianna Krystek und Apollonia Nowacka wegen schweren Diebstahls, sowie 2) die Anklage gegen die unverehelichte Theophila Bartoszewski wegen desselben Verbrechens.

Am 20. Oktober c.: Die Anklage gegen den Agent Friedrich Hahn und die unverehelichte Henriette Kiele aus Schwartzenz wegen Urkundenfälschung.

Am 21. Oktober c.: 1) die Anklage gegen den Tagelöhner Johann Kubala wegen vorsätzlicher Mißhandlung eines Menschen mit tödlichem Erfolge und 2) die Anklage gegen den Fleischhersteller Georg Adolf Bahl wegen wiederholter Urkundenfälschung.

Berlin. Vor dem ersten Kriminalsenat des Obertribunals gelangte am 13. d. eine Nichtigkeitsbeschwerde zur Erledigung, welche sich auf die gegen den Fischer Winawsky wegen Mordes verhängte Todesstrafe bezog. Derselbe war durch das Erkenntnis des Schwurgerichtshofes zu Posen vom 8. Juli d. J. schuldig befunden worden, am 2. Nov. pr. zu A. die Altfräulein Sickert mit Vorwurf und Überlegung getötet zu haben, worauf seine Verurtheilung zum Tode aus § 175 des Strafgesetzbuches erfolgte. In der gegen diese Entscheidung eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde suchte Implorant auszuführen, daß die Prozedur um deshalb an einer Nichtigkeit leide, weil der Vertreter der Staatsanwaltschaft sich, obgleich dies nicht im Audienzprotokoll vermerkt worden, während der politischen Verdolmetschung der Fragestellung aus dem Sitzungsraume entfernt und ein Fremder, welcher der Verhandlung beiwohnte, geäußert habe: „Sie haben den W. unschuldig verurtheilt, er ist es nicht gewesen.“ Das öffentliche Ministerium erachtete den Einwand des Imploranten nicht für zutreffend, obwohl der Staatsanwalt selbst später sein Verfahren des Saals zugegeben habe, da hierüber das Protokoll nichts befage und letzteres das einzige Beweismittel über die Vorgänge in der Audienz bilden. Dieser Ansicht schloß sich jedoch das Obertribunal nicht an, sondern wie es die Beschwerde er um deshalb zurück, weil aus dem Fehlen des Staatsanwalts bei der Verdolmetschung der Fragestellung sich nicht die Nichtigkeit des Verfahrens herleiten lasse.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Der Gewerkverein, Organ des Verbandes der deutschen Gewerkvereine und des deutschen Arbeiterbundes, herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins- und Verbands-Vorstände von Dr. Max Hirsch, beginnt mit dem 1. Oktober sein drittes Quartal. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat er bereits in den Arbeiterkreisen so große Verbreitung gefunden, daß er — eine seltene Erscheinung bei neugegründeten Blättern, zumal solchen, die speziell für den Arbeiter bestimmt sind — eine Zahl von nahezu 3000 Abonnenten in allen Theilen Deutschlands besitzt.

* Eine Übersetzung der Racine'schen Werke von H. Biehoff wird in zwölf Bänden bei Hempel in Berlin veröffentlicht.

Staats- und Volkswirtschaft.

Niel, 17. Okt. (Tel.) Das Postdampfschiff „Gryea“ traf heute erst 6

Uhr 30 Min. früh aus Korsko hier ein. Die Post und die Passagiere haben mit dem Buge 7 Uhr 5 Min. nach Altona Weiterbeförderung erhalten.

Überfeld, 16. Okt. In der heutigen stattgefunden außerordentlichen Generalversammlung der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft wurden alle auf der Tagesordnung stehenden, von der Direktion vorgeschlagenen Erweiterungen der Gesellschaft einstimmig genehmigt. Hierzu gehören namentlich die Fortführung der Linie von Aachen bis zur belgischen Grenze, die direkte Linie von Mülheim-Gladbach nach Köln und die von Mühlheim nach Deutz. Die Versammlung ermächtigte die Direktion, die zu diesem Zwecke nöthigen Geldmittel zu beschaffen.

Triest, 17. Okt. (Tel.) Der Lloydampfer „Austria“ ist mit der ostindisch-chinesischen Überlandpost heute früh aus Alexandrien hier eingetroffen.

Bern, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der Gotthardtbahnkonferenz wurde das Schlussprotokoll festgestellt, welches u. A. folgende Bestimmungen enthält:

Der Transithafen wird im Einverständniß mit den subventionirenden Staaten organisiert; die Wahrung der Neutralität der Schweiz wird besonders vorbehalten; die subventionirenden Mächte partizipiren an dem Ertrage, sobald die Dividende 7 pCt. übersteigt. Zu den Kosten trägt Italien 45 Millionen, die Schweiz 20 Millionen, Baden 3 Millionen bei, der Norddeutsche Bund hat sich im Prinzip ebenfalls für eine Subvention erklärt, jedoch den Betrag derselben vorbehalten. Württemberg hat eine prinzipielle Entscheidung noch nicht getroffen.

Mio Janero, 23. Sept. (Tel.) Die Abladungen an Kaffee seit letzter Post nach der Elbe und dem Kanal betragen 26,000, nach Nordamerika 66,400 Sac. Der Vorrath betrug 70,000 Sac. Preis für Good first 6900 à 7200 Reis. Kurs auf London 19 à 19½ d. Fracht nach dem Kanal 30 Schilling. Abladungen von Santos nach der Elbe und dem Kanal 7200 Sac.

△ Nach Mitteilungen aus der Provinz Preußen bestreiten die dortigen Ernte-Erträge im Allgemeinen. Es werden nur einzelne Gegenden in Masuren und Litauen zu klagen haben. Wo man zeitig und gut im verschlossenen Herbste und in diesem Frühjahr bestellt, zeigte sich der Ertrag der Winter- und Sommerfrüchte besonders hoch. Roggen hat eine gute Mittelernte ergeben; in Westpreußen dürfte sie sich etwas niedriger herausstellen. Der Ertrag an Weizen war ein höherer und dürfte eine nahe zu gute Ernte bieten. Eichen, Gerste, Hafer und Kartoffeln gaben reichlichen Ertrag. Äpfel, Birnen, Zwetschen und vorzugsweise Haselnüsse sind sehr gut gediehen. Der zweite Schnitt der Wiesen und des Klee ist den gehegten Erwartungen entsprochen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Gewinn-Liste der 4. Kl. 140. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthese beigefügt.)

Bei der am 16. Okt. fortgesetztenziehung sind folgende Nr. gezogen: 2 (100) 6 14 (100) 98 (500) 106 19 43 66 (100) 72 (100) 225 435 66 516 31 32 650 84 815 52 64 69 85, 1014 20 59 154 69 244 66 88 380 412 33 66 (100) 90 (100) 639 65 76 (1000) 89 704 (100) 5 960, 2025 (200) 68 102 33 50 59 63 (200) 211 20 23 82 308 72 95 428 39 45 553 71 73 94 657 85 752 812 57 88 903 31 39, 3057 71 175 94 95 200 5 34 45 89 530 56 (100) 89 616 21 (100) 52 87 723 35 59 70 89 868 (1000) 78 96 915 20 93, 4034 75 78 85 142 54 80 209 38 59 89 99 323 32 38 (100) 40 73 512 47 95 601 49 702 74 855 86 914 19 93, 504 7 81 84 (200) 196 249 95 309 24 34 405 24 38 64 78 79 543 (500) 74 618 (100) 730 829 83 86 98 902, 6025 29 53 67 86 92 94 118 237 97 306 (1000) 67 (500) 71 443 91 528 656 725 55 822 904 58 (100) 64, 704 23 29 177 299 (200) 33 308 55 58 (200) 421 71 (1000) 509 28 44 (100) 66 (200) 71 (50) 85 647 52 (500) 77 82 97 745 829 90 968, 8074 75 101 98 278 (200) 351 (500) 88 450 517 32 (200) 620 31 56 719 (100) 62 73 835 976 95, 9083 102 4 (1000) 212 25 32 348 (500) 421 43 80 511 64 (100) 90 608 24 725 51 815 930 47 (100) 57 (50,000) 96, 10,052 (100) 60 111 (100) 22 39 215 (200) 53 301 15 426 30 60 93 517 49 79 82 638 51 59 724 66 851 75 922 50 67, 11,032 102 (500) 219 82 (200) 86 311 41 74 445 92 570 80 630 80 706 74 (200) 86 823 26 37 907, 12,055 101 32 55 223 50 78 89 344 94 423 83 54 580 655 716 28 41 42 85 828 40 63 91 943 87, 13,045 (100) 111 (200) 30 61 280 413 562 620 (100) 29 784 86 (500) 887, 14,008 29 (100) 36 85 134 74 94 226 74 85 89 374 86 559 633 739 52 81 999, 15,064 287 309 52 419 574 619 (100) 93 700 1 56 99 828 49 959 74 86 90, 16,084 (500) 177 (200) 227 304 17 51 95 423 42 48 94 (100) 96 533 62 73 646 740 46 814 (100) 29 62 96 (1000) 945 99, 17,068 122 90 (100) 375 468 79 85 96 638 69 782 95 (100) 869 (100) 94 900 12 24 29 72 18,004 26 142 63 90 230 61 306 26 95 473 521 625 80 761 (200) 75 916 53 (500), 19,058 110 50 206 (500) 16 81 86 303 (100) 6 61 71 (500) 84 (200) 89 410 581 650 727 832 (200) 96 904 15 (100).

20,147 60 (500) 203 7 57 324 26 480 88 (100) 571 (500) 77 707 810 19 34 45 (100) 50 53 54 71 (200) 918 60 70 77 (1000) 80, 21,015 (100) 60 65 98 182 232 361 (100) 69 70 454 524 (100) 67 (100) 652 80 791 810 944 47 55 77 (100), 22,130 32 44 66 275 86 321 34 39 85 428 (200) 540 45 48 69 642 48 773 819 40 47 (500) 99 914, 23,007 13 27 (500) 60 220 59 75 300 6 19 75 84 (100) 406 13 28 29 (1000) 540 86 (100) 654 703 59 76 84 91 824 57 63 82 966 75 76, 24,028 (100) 50 86 95 172 76 200 3 346 (100) 59 (200) 451 57 67 510 14 737 84 804 18 20 22 53 970 95, 25,077 94 153 58 92 205 (500) 41 86 361 (100) 78 82 86 434 75 93 528 57 61 607 (1000) 15 26 47 74 706 42 (500) 833 905 80 95 99, 26,138 212 15 36 336 404 45 508 629 (100) 52 711 13 70 846 909 (200), 27,024 125 (1000) 64 222 476 563 610 (100) 728 38 51 868 80 (200) 958, 28,020 111 13 (100) 52 61 87 244 48 335 424 (500) 691 (500) 706 10 44 92 816 70 84 925 61 74 88 (1000), 29,146 41 221 331 434 74 520 37 52 (1000) 64 78 (100) 690 702 6 56 812 56 (100).

30,021 90 97 99 157 319 41 62 445 58 763 (1000) 845 915, 31,022 34 41 (1000) 106 18 246 334 402 557 (1000) 69 683 703 73 94 (100) 834 95 (100) 903 21 65 76 79, 32,026 36 56

Blasen- und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Nebelheit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medicin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certificate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalescière Chocolatée 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungshilfsmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von $\frac{1}{2}$ Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18

Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6; in Frankfurt a. M. 10. Römermarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königssberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Die ersten Winterversandthiere

als: Kulmbacher, Erlanger, Nürnberger Export, Wiener Närzen und Waldschlößchen, sowie auch echt engl. Porter (wirkl. Märzgräber), empfing und empfiehlt in Originalgebinde und Flaschen.

Friedr. Dieckmann.

Bekanntmachung.

Die im Stadtwaage-Gebäude befindlichen Handelslokale Nr. I. II. IV. und V. mit den darunter befindlichen Kellern und Nr. III. ohne Keller sollen für die Zeit vom 1. April 1870 ab, auf drei Jahre anderweit meistbietet werden.

Hierzu steht der Bützontionstermin auf

den 28. Oktober c.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrath Dr. Samter auf dem Rathause an.

Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 27. September 1869.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Küchen- und Lagerstrock-Abfälle der städtischen Armenanstalten sollen auf ein Jahr, vom 1. Januar c. J. ab an den Meistbietenden ausgethan werden. Zu diesem Zwecke haben wir einen Termin

auf den 5. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Rathausaale anberaumt, zu welchem Bietungslustige mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden, und daß jeder Bieter eine Kautioon von 5 Thlr. niederzulegen hat.

Posen, den 7. Oktober 1869.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lumpen- und Knochenabfälle aus den städtischen Armen-Anstalten sollen für das Jahr 1870 an den Meistbietenden vergeben werden. Zu diesem Zwecke haben wir einen Termin

auf den 15. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Rathaus-Saale anberaumt, zu welchem Bietungslustige mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden und jeder Bieter eine Kautioon von 10 Thlr. hinterlegen muß.

Posen, den 7. Oktober 1869.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Privatscretär Franz Maximilian Thiel gehörige, unter Nr. 9 der Vorstadt St. Lazarus zu Posen gelegene Grundstück, abgestoßen auf 5528 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur eingehenden Taxe, soll

am 29. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an öffentlicher Gerichtsstelle subhafirt werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger: Bistar Josephat Ptitski, früher in Gnesen wohnhaft, wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenchein nicht ersichtlichen Rechtsforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 1. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Proklama.

Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf der den minorenen Geschwistern Palacz gehörigen Grundstück Görczyn Nr. 13A, 50 u. 109, von denen das Erste auf 7116 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. das zweite auf 4218 Thlr. 5 Sgr. und das dritte auf 1681 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. abgeschätzt ist, haben wir einen Termin

auf den 30. November c.,

Nachmittags 2 Uhr,

an Ort und Stelle in Görczyn vor dem Herrn Kreisgerichtsrath Strach anberaumt, zu welchem wir Käufer einladen.

Zeit und Verkaufsbedingungen können in unserer Registratur, Bureau IIIc. eingesehen werden.

Posen, den 1. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Auf der Baustelle am Anfang des Berdy-

nowo Dammes kann Sand, Erde und Bau-

sämt abgeladen werden.

Der Wasser-Bau-Inspektor.

Schuster.

Bekanntmachung.

Unter Nr. 3 unsers Gesellschaftsregisters, woselbst die Firma Moses Fraenkel und als deren Inhaber die Kaufleute:

Moses Fraenkel,

Adolph Koenigsberg und

Simon Fraenkel

von hier eingetragen sind, ist vermerkt wor-

den, daß die Firma erloschen ist.

Grätz, den 24. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist sub Nr. 113 die Firma E. Raschke und als deren In-

haber der Kaufmann Ernst Raschke zu

Grätz eingetragen worden.

Grätz, den 2. Oktober 1869.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Der auf 1657 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. exklusiv der Hand und Spanndienste und des in Natura zu liefernden Bauholzes veranschlagte Um- resp. Neubau des hiesigen Probsteigebäudes soll an den Mindestfordernden ausgegeben werden.

Hierzu steht auf

Montag den 8. Novbr. d. J.,

Nachmittags 1 Uhr,

im hiesigen Amtsgerichtsamt an, wozu

Bauunternehmer vorgeladen werden.

Die Leitationsbedingungen, Kostenanschlag

nebst Bezeichnung können während der Dienst-

stunden hier eingesehen werden.

Polajewo, den 14. Oktober 1869.

Königlicher Distrikts-Kommissarius.

Gold- und Silber-Auktion.

Mittwoch den 20. Oktober c., von

9 Uhr Vormittags ab, werde ich im Au-

tionslokal, Magazin-Nr. 1, verschiedene

Gold- und Silbersachen, als: Minge,

Brochen, Ketten, Uhren, Medaillons,

Zuckerdosen, Löffel, ferner silberne und

bronzeene Medaillen öffentlich meistbietend

gegen sofortige Baarazahlung verlaufen.

Rychlewski,

königlicher Auktionskommissarius

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts

werde ich

Donnerstag, 21. Okt. d. J.,

Nachmittags 2 Uhr,

in Pudewitz auf dem Markte verschiedene

Modelle von Mahagoni- und Birkenholz öffent-

lich meistbietend gegen gleich baare Be-

zahlung verlaufen.

Grätz, den 15. Oktober 1869.

Der Auktionskommissar

Schroeder.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts

werde ich

Freitags, 22. Oktober d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

in Giecz bei Neiße

3000 Stück gebraunte Mauerziegeln

öffentlicht meistbietend gegen gleich baare Be-

zahlung verlaufen.

Grätz, den 15. Oktober 1869.

Der Auktionskommissar

Schroeder.

Ein massives, zweiflüdiges Haus, im qu-

aten Baustil mit 12 Stuben, 6 Kammern,

Küchen, 2 Kellergewölben 2 Gärten u. Wiese,

gelegen in der Nähe des Bahnhofes, ist aus

freier Hand Familienvorhängen halber sofort

zu verkaufen. Näheres wird auf Grätz an-

fragen unter L. N. postea restante Bent-

schen mitgetheilt.

Ein in Schlesien in der Nähe der Bahn-

gelegenes, altenenommirtes Fabrik-

Etablissemant mit fester Kundschafft, nicht

unbedeutendem Grundbesitz, schönem Wohn-

haus, Garten, Parlanlagen etc., das sich seit

mehr als 60 Jahren im Besitz ein und der-

selben Familie befindet und dem Eigentümmer

gute Revenuen sichert, ist wegen Familienvor-

hängen bei einer Anzahlung v. 20,000 Thlr.

büllig zu verkaufen. Briefe Anfragen nehmen

d. Herren Haasenstein & Vogler,

Berlin, unter G. N. 739 entgegen.

Ein seit 25 Jahren existierendes Bier- u.

Restaurantslokal im Mittelpunkte der

Stadt ist sofort anderweitig zu vergeben.

Näheres bei Herrn

Lüdecke, Kanonenplatz 3.

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze stowarzyszen pod Nr. 3, gdzie firma Mojsesz Fraenkel i jako dzierzycielami tejże są zapisani kupeczcy z miejsca

Mojsesz Fraenkel,

Adolf Koenigsberg i

Szymon Fraenkel

umieszczone rymarke, że firma ta ustala.

Grodzisk, dnia 24. Września 1869.

Królewski Sąd

Estremadura - Phosphorit

eigener Importation.

Die Superphosphat-Fabrik von

H. August Schröder in Hamburg

Comptoir:
Börsenbrücke
Nr. 2.

Fabrik:
Grasbrook.

Estremadura - Superphosphat

garantiert mit 18—20% in Wasser lösliche Phosphorsäure als Mindestgehalt, pr. 100 Pf.
Brutto in Säcken:

Thlr. 2½, bei Entnahme von 100 Centnern und mehr,

2½ von unter 100 Centnern.

Beim Detail-Verkauf unter 20 Centnern entsprechende Preis-Erhöhung

frei ab Fabrik Hamburg.

Zahlbar per Comptant ohne Dekret in Pr. Courant.

Im Walde des Dom. Egow bei Zerkow, wird stehendes Bauholz von heute ab verkauft: Montag, Mittwoch und Freitag.

Bogdanowo bei Dobronik liefert vorzügliches Winterobst: Stettiner gr. Reinetten, Calville, Kantäpfel, gestreifte Reinetten pr. Scheff. 2 Thlr. frisch. Posen; gemischtes Herbstobst 1 Thlr. 20 Thlr.

Der Bockverkauf

aus meiner Original-Negretti-Heerde zu Lenschow bei Parchim in Mecklenburg-Schwerin hat zu den Konjunkturen angemessenen Preisen begonnen.

Freiherr von Mastzahn.



Sechs gesunde Wagenpferde (Stuten), 5 bis 7 Jahr alt, stehen in Krugs Hotel zur Ansicht und sollen

Freitag den 22. d. M., Vormittags 10 Uhr, meistbietend verkauft werden.



Bockverkauf.
Der Verkauf 1¾-jähriger Böcke in hiesiger Stammschäferei beginnt vom 1.

November d. J. ab. Die Heerde ist durch Ankauf von 400 Stück ausgewählter Muttertiere aus der Stammschäferei zu Nischwitz im Königreich Sachsen ge- gründet und in gleicher Richtung mit der Mutterheerde rein fortgezüchtet worden.

Auch sind nach der Schur ca. 200 Stück meist junge Mütter abzugeben.

Klein-Grauden bei Gnaden- feld, Ober-Schlesien, Bahnhofstation Kandzin (Kosel) der Ober-Schlesischen Eisenbahn.

Boenisch.



Bock-Verkauf.
Der Verkauf von 1½- und zweijährigen Negretti-Vollblut-Böcken aus hiesiger Stammschäferei beginnt am 20. Oktober zu festen Preisen von 3—15 Fr'd'or.

Sroczyn bei Risskow.

H. Windell.



Vollblut-Stammheerde
Gallnau
(Dochter-Heerde aus Saatel).

Auction

über 42 sprungfähige Merino-Rammlwölde am 25. Oktober 1869, Mitt. 12 Uhr

Der Heerde wurde bei den landwirtschaftlichen Ausstellungen in Marienwerder 67, in Bromberg 68, und in Königsberg 69, die ersten Preise und Anerkennungen zuertheilt.

Gallnau bei Freistadt, Kreis Marienwerder, Westpreußen.

O. Schütze.

Lincoln-
Herren-Stiefel

empfing soeben

S. Tucholski.

Wilhelmsstr. 10.

Sackdrilliche,
Mehlsäcke,
Getreidesäcke,
Schlafdecken,
Pferdedecken,

zu den billigsten Preisen.

Posen, Markt Nr. 63.

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt).

Handtücher, das Schok zu 4 Thaler,
desgl. 4½, gebleckte Creas-Leinen, das Schok von
9 Thaler an, empfiehlt gegen Einsendung des
Betrages oder Nachnahme

Gustav Geissler

in Friedland in Schlesien.

(Friedland ist Fabrikationsort.)

Jupons,

neuester und eleganter Kon-
fektion, sowie die beliebten
amerikanischen Unter-
röcke ohne Naht
billigt bei

S. Tucholski,

Wilhelmsstr. 10.

Strickwolle und Bi-
gogne in großer Auswahl,
Gefräste Strümpfe und Soden,
Gesundheitsjacken u. Weinkleider,
Gummischuhe bester Qua-
lität empfiehlt billig

S. Landsberg jun.

Berliner u. Mühlenstr. Ecke 18B,
in dem neu erbauten Hause des Herrn
Feckert.

Warme Schuhe.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß die diesjährige Sendung der seit vielen Jahren so sehr in Aufnahme gekommenen Düsselschuhe mit warmem Butter und dicken Sohlen eingetroffen und empfiehlt:

flache Schuhe (Pantoffeln) für Herren, Damen und Kinder,
Stiefeletten zum Schnüren für Damen und Kinder,
Stiefeletten mit Gummi-Einsatz für Herren und Damen.

Auswärtige Aufträge erbitte mir bald, da später nicht mehr alle Nummern am Lager sein dürfen.

Außerdem halte großes Lager in echt russischen, französischen und englischen Gummischuhen für Herren und Damen, sowie in Damen-Gummischuhen warm gefüttert mit Pelz-Besatz.

Patent-Regenschirme in Seide und Alpaca.

A. Birner, Markt 63.

Seegras und Werg
empfiehlt billig

Isidor Appel, Bergstraße.

Gaskronen

neuester Fasson empfiehlt in reichhaltigster Aus-
wahl billig

Julius Borck,

Markt 94

Stearinlichte

der anerkannt besten Fabriken empfiehlt

Carl Gustav Gerold,
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs,
Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen,
Unter den Linden 24 in Berlin

Ein Posten von mehreren
hundert Flaschen
echter Schweizer

Alpen-Kräuteressenz
von Dr. Kirchhoffer, Cappeln
ist umständlicher

sehr billig

zu verkaufen. Offerten sub K. 6856
befordert die Annen-Expedition von Rudolf Mosse in Berlin, Friedrichstr. 10.

Gute Speisekartoffeln, weiße und
rote, hat zu verkaufen das Vorwerk
Winiary. Bestellungen und Proben
find St. Adalbert Nr. 27 bei Herrn
Thomas entgegen zu nehmen.

Bauer's elektrischer Balsam,

solidestes und bewährtestes Radikal-Mittel gegen alle rheumatische Leiden, sowie gegen erkälteten und verdorbenen Magen und Unterleib.

Gleichzeitig vielfach ärztlich empfohlen als Radikalmittel gegen Fluor albus (wss. Fluss) laut nachstehendem Zeugniß.

Preis pro Flasche 20 Sgr.

Verkaufs-Niederlage bei Herrn

F. Fromm in Posen.

Näheres besagt die mit vielen Beugnissen versehene Gebrauchsanweisung.

Aerztliches Zeugniß.

Ein von Herrn Bauer fabrizirter Balsam ist ein sehr wirksames und vortreffliches Mittel gegen Fluor albus, sowohl in acuten als chronischen Fällen.

Da dies ein den Frauen so lästiges Leid und selbst dem Arzte sehr oft harndig entgegentretend ist, muß umso mehr das neuersfundene Mittel ein willkommenes sein, da überaupt die Auswahl unter den Mitteln gegen dieses Leiden, nur eine sehr geringe ist. In mehreren Fällen ist mir in kürzer Zeit ein außerordentlich günstiges Resultat geworden.

Solches beschneint auf Verlangen mit voller Wahrheit

Ratshau, 9. Februar 1869.

med. pract. Frey, Geburtsarzt.

Internationale Ausstellung. Amsterdam 1869.

Liebig's Compagnie Fleisch-Extract

erhielt wiederum wie bei allen früheren Ausstellungen die höchste Auszeichnung, nämlich

das grosse Ehren-Diplom

(über der goldenen Medaille stehend).

Das Publikum wird hierin einen neuen Beweis der vorzüglicheren Qualität des Extracts der unterzeichneten Compagnie, verglichen mit allen ähnlichen in den Handel gebrachten Produkten erkennen und durch Ge- genwärtiges wiederholt ersucht, auf das Certificat mit den Unterschriften der Herren Professoren BARON J. VON LIEBIG und Dr. M. VON PETENKOFER zu achten, um sicher zu sein, das echte Liebig's Compagnie Fleisch-Extract zu empfangen.

Liebig's Extract of Meat Compagnie (Limited).

LONDON, October 1869.

43, Mark Lane.

Dr. Beringuer's
Kronen - Geist

(Quintessenz d'Eau de Cologne)

à Flasche 12½, Sgr. und 7½ Sgr.

Aus den belebenden und stärkenden Theilen der auserlesenen und kostbarsten Ingredienzien der Pflanzenwelt destilliert,

dient diese herrliche Essenz nicht nur als köstliches Riech- und Waschwasser, sondern auch zur Erfrischung der Lebensgeister und zur Stärkung der Nerven.

Dr. Beringuer's
KRÄUTER - WURZEL - OEL

in grösseren Flaschen

à 7½ Sgr.

Erprobt als ein zuverlässiges und wohlfeiles Cosmeticum zur Erhaltung, Regenerirung und Verschönerung der Haupt- und Barthaare, sowie zur Verhütung der so lästigen Schuppen- u. Flechtenbildung.

Alleinverkauf für Posen bei

Hermann Mögelin, Bergstr.

Nr. 9, Ecke der Wilhelmsstrasse, sowie auch Birnbaum: L. Stargardt, Bromberg: Theod. Thiel, Fraustadt: Carl Wetterström, Grätz: Louis Streisand, Inowraclaw: J. Lindenberg, Krotoschin: A. Levy, Lobsens: C. A. Lubenau, Nakel: A. Podgorzski, Neutomysl: W. Peikert, Ostrowo: C. E. Wickura, Pleschen: J. Joachim, Rawicz: R. F. Frank, Schneidemühl: Louis Weber, und für Wollstein bei E. Anders.

Die ersten Mü-
genwalder Gänse-
brüste empfing

Jacob Appel,

Wilhelmsstraße 9.

Echte Braunschweiger Leber-, Trüf-
felleber- und Sardellen-

Leberwurst empfiehlt u.

empfängt regelmässige
wöchentliche Zusendun-
gen

A. Cichowicz.

Frischen großkörni-
gen Astrachaner Kaviar,
fette Kieler Sprotten,
Hamburger Speckbü-
llinge, gewöhnliche und
Riesen - Neunaugen,
Malroulade, Christia-
nia - Anchovis, echten
Bayonner und Rennthier-
Schinken, Braunschwei-
ger, Charlottenburger und
Trüffelleber-Wurst, sowie
vorzügl. Rennthier-Käse
empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz 2.

Colonialwaaren.

Mein Lager sämtlicher Colonial-
waaren empfiehlt hiermit und mache
namentlich auf eine grosse Aus-
wahl feiner und feinster
Kaffees aufmerksam.

Aufträge von ausserhalb werden prompt
effektuirt und Emballage billig berechnet.

Carl Gust. Gerold,
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs,
Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen,
Unter den Linden in Berlin.

Astr. Kaviar,

Gänse-Sülzkeulen,

Gänse-Spickbrust,

Elb. Neunaugen,

alle Sorten Käse

empfingen und empfehlen

Gebr. Andersch.

Thee-Anzeige.

Mein durch neue Zusendungen Thee's
diesjähriger Ernte reichhaltig
assortiertes Lager empfiehlt ich hiermit und
mache namentlich

Wild.

In der ersten Hälfte des Monats November und später findet in den fürstlich Plesch'schen Jagdbrevieren bedeutender Abschluß von Roth- und Dammwild, Schwarzwild, Hasen und Fasane u. c. statt.

Desfallsige Bestellungen nimmt entgegen Hotelbesitzer Wehowski in Plesch, Ober-schleien.

W. Loewinsohn's Butterhandlung, Große Gerberstraße 29 im Laden, verkaufst Roggen, Erbsen, Hafer, Kleie, Stroh, Heu u. Siede, sowie Gänse, Hühner- u. Taubensutter zu den billigsten Preisen.

Hamburger Brat-Heringe à 1 Sgr. Partieweise billiger.

Hedelhöfer,
Gr. Gerberstraße Nr. 32.

Mein Geschäft-Lokal wird während der Wintermonate schon um 9 Uhr Abends geschlossen.

M. Heymann,
Cigarrenhändler.

Präz. Lott.-Loose $\frac{1}{1}, \frac{1}{2}, \frac{1}{4}, \frac{1}{8}$, bet. Borchard, Berlin, Kronenstr. 55.

Gr. Gerberstraße 41 ist eine geräumige Remise bald zu vermieten. Näheres beim Wirt daselbst.

Eine möblierte Stube ist zu vermieten Wilhelmplatz 8, 3 Treppen.

Zwei Zimmer mit oder ohne Möbel sofort zu vermieten Sandstraße 10.

Ein Laden zu vermieten Hôtel de France.

Ein Kohlenplatz ist zu vermieten. Näheres bei A. Tomski, Konditor.

Rockarbeiter
finden dauernde Beschäftigung bei
W. Tunmann.

Ein zuverlässiger Woigt kann sich zum Antritt Neujahr in Nakowka bei Czempin melden.

Ein unverheiratheter Gärtner, der sich genügend als Baumzüchter ausweisen kann, findet sofort auf dem Dom. Colegio bei Posen ein Engagement.

Ein junger Mann aus hochadliger Familie wünscht gegen Pension-Bählung in einer rekommierten größeren Wirtschaft als Vorläufer einzutreten.

Adressen unter Z. Z. poste restante Gräb.

Ein Feldmesser gehilfe, sicherer Arbeiter sucht ein anderweitiges Engagement: Referenzen gut. Gefällige Öfferten beliebe man unter P. A. in der Expedition dieser Zeitung niedergelegen.

Einen Lehrling sucht
A. M. Jacobis Wwe., Markt 99.

Ein junger Mann mit guter Hand-schrift findet Beschäftigung im Assuranz-Comptoir von
Feekert & Haerlein,
Wilhelmsstr. 18, 1. Etage.

Ein franz. Bonne, wird zum sofort. Antritt gesucht durch
Frau Götz, Posen, Wilhelmstraße 22

Einen Lehrling sucht die Buchdruckerei von
H. Engel, Markt 92.

Ein tüchtiger Konditor gehilfe findet Be-schäftigung bei S. Sobeski.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei
R. Wismach, St. Martin 63.

Ein wohlgebildeter, beider Landessprachen mächtiger junger Mensch sucht eine Stelle als Wirtschaftslehrer.

Näheres zu erfragen beim Haupitlehrer

Wozny in Sulmerzace.

Ein alleinstehendes anständiges Mädchen, das durch den Tod ihrer Prinzessin außer Stellung ist, sucht ein anderweitiges Engagement als Stütze der Haushaltung und zur Be-aufsichtigung junger Kinder.

Adressen unter Chiffre O. T. 100 poste rest. Breslau erbeten.

Ein unverheiratheter Landwirth, 36 Jahr alt, beider Landessprachen mächtig, sucht z. 1. Januar 1870 anderweitige Stellung unter bescheidenen Ansprüchen.

Näheres erhält das Wirtschaftsamt

Chudopisce bei Pinne.

Die Chronik von Langenöls, grün eingebun-den, ist heute Königs- oder Mühlenstraße ver-loren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben in der Exped. der Posener Zeitung.

Zum Beginn der Winter-Saison empfiehlt

ich meine

neue Lesebibliothek
wie auch meinen
Journal-Lesezirkel.
Birnbaum. **H. Buchwald.**

Leihbibliothek.

Abonnement nur auf vollständige Werke. Alle besseren Erscheinungen der Belletristik werden in mehreren Exemplaren angeschafft.

Für auswärtige Leser stellt ich besondere, sehr günstige Bedingungen.

Joseph Jolowicz,
Markt 74.

H. Engler's Announces Bureau in Leipzig.

Announces jeder Art werden

von unterzeichnetem Bevoll-mächtigten in alle Zeitungen al-ler Länder zu Original-Preisen prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen mit üblichem Rabatt. Ueber jedes Inserat wird der Beleg geliefert.

H. Engler's Announces Bureau

in Leipzig.

Ende der Woche stieg der Privatdiskont auf 4% Prog. Anlaß hierzu mag in gewissen Grade der neueste veröffentlichte Wochenausweis der k. Bank gegeben haben, der eine weitere Veränderung des Baarvorrats um 2 Mill. Thaler konstatirte. Trotzdem aber braucht eine abnormalige Erhöhung des Bankdiskontos nicht gefürchtet zu werden, da sowohl der jüngste Bankausweis eine Reduzierung der Lombardbestände von $\frac{1}{2}$ und des Notenumlaufs von 2 Mill. Thaler anzeigt, als auch die Erwartung vollständig gerechtfertigt erscheint, daß der nächst zu veröffentlichen Bankausweis noch günstigere Ziffern in diesen Posten anführen wird.

Die diesmalige Woche zeichnete sich durch sehr bedeutende Geschäftsstille aus, nur am Montag schien es, als wolle die Börse wieder in eine thätige Bahn einlenken; doch bald erlahmte ihre Kraft und der Schluss der Woche, ganz besonders der heutige Tag, verlor in fast vollständiger Unthätigkeit. Ein derartiger Geschäftsgang läßt darauf schließen, daß eben keine anregenden Momente vorliegen, und daß selbst die etwa aufgetretenen Ereignisse nicht im Stande waren, die Börse aus dem Phlegma, in der sie sich gegenwärtig gefällt, aufzurütteln. Registrieren können wir in dieser Hinsicht das neuerdings aufgetauchte Gerücht: einer allgemeinen Entzweiung. Es ist wohl klar, daß dies Gerücht von keiner Seite recht ernstlich gemeint sein kann, denn abgesehen davon, daß wir glücklicher Weise gegenwärtig überall hin die besten Friedensausichten haben, und der Gedanke an einen Krieg wohl fürs Erste noch weit hinaus geschoben werden wird, so dürfte es doch wohl noch nicht der nächsten Zeit verringern. Auf Lombarden hatte dies Gerücht, wie nicht zu vernehmen ist, einige Bugkraft. Lombarden sind jetzt so eigentlich das einzige Papier, das der Spekulation à la hausse geblieben ist. Kreditaktien haben ihre Suprematie in Wien verloren und hängen jetzt von anderen wiener Devisen zu sehr ab, während sie noch vor kurzer Zeit tonangebend sowohl für die ganze wiener Börse, als auch für unsern Platz waren, und Franzosen, das einzige Schenkpfand unserer Spekulation, gehen in ihren Einnahmen rückwärts und werden deswegen vernachlässigt. Unhaltend konnte die Steigerung des Lombardkurses jedoch nicht sein, da bei der Solidarität der gesammelten Börseninteressen der europäischen Plätze an einem durchgreifenden Geschäftsaufschwung nicht eher zu denken ist, als bis sich auch in Wien wieder vollständige Gesundung eingestellt haben wird. Wie frank Wien noch ist, hat der Selbstmord des Grafen Bratislaw aufs deutlichste gezeigt, dieser ist gleichsam die Allegorie des wiener Marktes. Aber wir brauchen uns der Hoffnung nicht zu verschließen, daß auch dort bald volle Genesung eintreten wird. Die Geldkrise ist bereits mehr durch auswärtige Intervention gehoben und dürfte nach dem Ablösen des November-lupon noch umfassender besetzt werden. Die am 1. November fällig werdenen Binsen sind sehr bedeutend und werden ca. 31 Mill. Gold betragen. Wenn auch nicht darauf zu rechnen ist, daß dieser volle Betrag wieder dem Börsengeschäft zustießen wird, so dürfte doch immerhin ein ansehnlicher Theil hiervon dem Verkehr zu Gute kommen, ein anderer Theil wird zur Stärkung der Betriebsfonds der produktiven Unternehmungen dienen müssen, die bei der Krise erheblich gelitten haben.

Einen erheblichen Rückschlag erlitt die Börse im Allgemeinen sowohl, als auch die inländischen Bahnen im Speziellen durch die mit ziemlicher Bestimmtheit auftretende Nachricht, daß die schon öfter besprochene preußische Eisenbahn-Prämienanleihe nicht bestätigt werden wird. Da die Diskont-Kommanditgesellschaft innig mit dem Projekt verknüpft war, so litt a. q. der Kurs ihrer Aktien prozentweise und konnte überhaupt nur dadurch zum Stehen kommen, daß in diesem Papier gar keine Blankoverkäufe geschlossen wurden.

Wie Eingangs erwähnt, war das Geschäft überaus still und es ist daher von keiner Branche noch etwas Spezielles zu berichten.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Oktober. Wind: SW. Barometer: 27¹⁰. Thermometer:

13°+. Witterung: bewölkt. — In Roggen war der Terminhandel heute noch enger begrenzt als gestern und die Haltung muß als matt bezeichnet

werden. Das Effektivgeschäft war nicht sonderlich lebhaft, doch fehlt es wohl

am genügender Auswahl als an Kauflust für Waare. Gekündigt 6000 Ctr. Rundigungspreis 47¹/₂ R. — Roggen ist unverändert. Gekündigt

1500 Ctr. Rundigungspreis 3 R. 10 Sgr. — Weizen ziemlich behauptet. Gekündigt 4000 Ctr. Rundigungspreis 58¹/₂ R. — Hafer ist relativ am Markt und billiger erlassen. Termine flau und nachgebend. Gekündigt 600 Ctr. Rundigungspreis 27¹/₂ R. — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz., Mai-Juni 63¹/₂ a 63¹/₂ R. bz., — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46 a 48¹/₂ R. bz., per diesen Monat 47¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. 46¹/₂ a 46¹/₂ R. Nov.-Dez. 46 a 45¹/₂ R. bz., — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz., Mai-Juni 63¹/₂ a 63¹/₂ R. bz., — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46 a 48¹/₂ R. bz., per diesen Monat 47¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. 46¹/₂ a 46¹/₂ R. Nov.-Dez. 46 a 45¹/₂ R. bz., — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz., Mai-Juni 63¹/₂ a 63¹/₂ R. bz., — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46 a 48¹/₂ R. bz., per diesen Monat 47¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. 46¹/₂ a 46¹/₂ R. Nov.-Dez. 46 a 45¹/₂ R. bz., — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz., Mai-Juni 63¹/₂ a 63¹/₂ R. bz., — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46 a 48¹/₂ R. bz., per diesen Monat 47¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. 46¹/₂ a 46¹/₂ R. Nov.-Dez. 46 a 45¹/₂ R. bz., — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz., Mai-Juni 63¹/₂ a 63¹/₂ R. bz., — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46 a 48¹/₂ R. bz., per diesen Monat 47¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. 46¹/₂ a 46¹/₂ R. Nov.-Dez. 46 a 45¹/₂ R. bz., — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz., Mai-Juni 63¹/₂ a 63¹/₂ R. bz., — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46 a 48¹/₂ R. bz., per diesen Monat 47¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. 46¹/₂ a 46¹/₂ R. Nov.-Dez. 46 a 45¹/₂ R. bz., — Rüböl in etwas besserer Haltung we-gen schwächerer Öfferten. Die Preise haben sich nicht viel gehoben und auch der Umsatz war beschränkt. — Spiritus flau und bei reichlichem Angebot auf alle Sichten billiger erlassen. Erf schließlich befürchtete sich der Wert des laufenden Monats in Folge prompter Aufnahme gekündigter 50,000 Qu.

Rundigungspreis 16¹/₂ R. — Weizen loko pr. 2100 Pf. 55—74 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat 58 a 58¹/₂ R. bz., Ott.-Nov. do. Nov.-Dez. 59 a 58¹/₂ R. bz., April-Mai 62¹/₂ a 62 a 62¹/₂ R. bz.,

